

Jürgen Elsässer (Hrsg.) • GEGEN FINANZDIKTATUR



Jürgen Elsässer (Hrsg.)

# GEGEN FINANZDIKTATUR

Die Volksinitiative: Grundsätze, Konzepte, Ziele

KAI HOMILIUS VERLAG - COMPACT



© Kai Homilius Verlag, Berlin 2009  
Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des  
Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus  
auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu verviel-  
fältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

COMPACT – Nr. 10

**Kai Homilius Verlag**

[www.kai-homilius-verlag.de](http://www.kai-homilius-verlag.de)

E-Mail: [home@kai-homilius-verlag.de](mailto:home@kai-homilius-verlag.de)

Herausgeber: Jürgen Elsässer

Umschlag: Joachim Geißler

Druck: Printed in E.U.

ISBN: 978-3-89706-410-2

*Niemand bekam in den 1930er Jahren die Krise wirklich in den Griff. Und heute – obwohl sich Geschichte nicht wiederholt – ist es ähnlich dramatisch wie damals, nein schlimmer: Keine Regierung weiß, was sie tun soll. [...] Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, dass wir uns – ich kann das nicht ausschließen – auf eine Tragödie zubewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde – zwischen den USA und China.*

Der britische Historiker Eric Hobsbawm (92) im *Stern* 20/2009





## Inhalt

Editorial .....	9
Grundsatzerklärung der <i>Volksinitiative</i> .....	11
Jürgen Elsässer Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen .....	15
Jürgen Elsässer Eine Initiative, die die Linke erschütterte .....	39
Jochen Scholz PNEC – Project for the New European Century .....	55
Jürgen Elsässer Brecht die Diktatur der politisch Korrekten! .....	71
Jürgen Elsässer Die Demo auf der Titanic nützt nichts .....	75
Peter Brandt, Peter Wahl, Klaus Höpcke Blick von außen .....	83
Die Autoren .....	99









## Editorial

### COMPACT: Das Programm einer Buchreihe

In Zeiten der Krise versuchen die Regierenden, ihre Untertanen stärker zu kontrollieren. Früher machten sie das mit plumper Zensur, heute wollen sie vor allem unsere Kommunikation beherrschen: Krieg heißt Frieden, Sklaverei wird Freiheit genannt und Unwissenheit als Stärke gerühmt. Indem man die Sprache verarmt, schränkt man das Denken ein und macht Kritik zahnlos: Wer ein Wort wie „Volk“ ausmerzt, verhindert eine Diskussion um die Weiterentwicklung der Demokratie, die ohne diesen Grundbegriff nicht vorstellbar ist. Wer den Begriff „Konzentrationslager“ auf die deutsche Vergangenheit beschränkt, wird die Realität von Abu Ghraib und Guantánamo nicht beschreiben können. Wer vom „Zionismus“ nicht reden darf, muss auch vom Faschismus schweigen.



COMPACT wird die Dinge beim Namen nennen. Was verboten ist, macht uns gerade scharf – das ist das Motto dieser Schriftenreihe. Im ersten von mir herausgegebenen Band, den Sie gerade in den Händen halten, geht es um Volk und Volksinitiative. Im zweiten werden die US-Konzentrationslager Thema sein, die auch eine Belastung für den neuen Präsidenten sind. Im Herbst werden wir uns den zionistischen Kriegsverbrechen in Gaza widmen. COMPACT ist das Gegengift zur politischen Korrektheit, also zur Ideologie der Neuen Weltordnung, die in den Massenmedien und auch in der linken Presse zum unantastbaren Tabu geworden ist.

Nur ein Einwand gegen unser ehrgeiziges Projekt ist vorstellbar: Die ewigen Skeptiker werden sagen, man könne kein neues Printmedium am Markt platzieren, schon gar nicht in

Zeiten der Wirtschaftskrise. Außerdem könne man rebellische Inhalte längst kostenlos lesen, im Internet. Diese Entwicklung mag tatsächlich für Tageszeitungen eine Gefahr sein, die mit der Schnelligkeit der elektronischen Medien nicht Schritt halten können. Aber gut recherchierte Bücher, anhand derer der Leser die Inhalte der www-Wundertüten überprüfen kann, werden durch die Blogger-Inflation nicht überflüssig, sondern noch notwendiger. Die COMPACT-Bände, das verspreche ich Ihnen als Herausgeber, werden nie politisch korrekt, aber immer in den Fakten korrekt sein – und dabei aktuelle Themen so schnell aufgreifen, wie man das ansonsten nur von Zeitschriften kennt.

Natürlich hat es Aufklärung nicht leicht, vor allem in diesem Land. „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung, als ihre wirklichen Feinde“, erkannte schon Napoleon Bonaparte. Als Gegenrezept empfahl Karl Marx: „Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und der Resignation zu gönnen. Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. [...] Man muss das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.“

Voilà: COMPACT wird dem Volk Courage machen – wenn Sie, die Leser, uns dafür die finanziellen Mittel verschaffen. Mit anderen Worten: Abonnieren Sie JETZT!

Jürgen Elsässer, Herausgeber

## Grundsatzerklärung der *Volksinitiative*

1. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist auch ein Wirtschaftskrieg: der Angriff des internationalen Finanzkapitals auf den Rest der Welt. Dabei kommen „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ zum Einsatz, die nicht nur aus der Realwirtschaft, sondern vor allem aus dem fiktiven Kapital des Spekulationskasinos munitioniert sind. Was wir bisher erlebt haben, waren erste Geplänkel mit diesen Waffen – der Hauptstoß steht noch bevor!

2. Um diesen Angriff abzuwehren, muss der Nationalstaat aktiv werden. Die Teilnahme an Gremien, in denen das internationale Finanzkapital über seine Vertreter jede Entscheidung blockieren kann (EU, G8, IWF usw.), ist verschenkte Zeit. Wichtig ist eine Koordination der angegriffenen Nationalstaaten, wie sie in Lateinamerika unter Führung Venezuelas begonnen wurde.

3. In allen Staaten, auch in Deutschland, entwickelt sich ein zunehmender Widerspruch zwischen großen Teilen des Finanz- und des Industriekapitals. Ersteres, eng mit den besonders aggressiven Finanzplätzen New York und London verbunden, erdrosselt Letzteres in einer Kreditklemme.

4. Aus der Geschichte wissen wir: Weltwirtschaftskrise führt zu Weltkrieg. Viele von der Großen Depression 1929 ff. zerstörte Gesellschaften wurden durch den Faschismus formiert. Diese Gefahr droht auch heute.

5. Der Name „Volksinitiative“ wurde bewusst gewählt, weil wir die breite Masse der Bevölkerung ansprechen und uns nicht auf gesellschaftliche Nischen beschränken wollen. Die meisten von uns sind Linke, aber wir wollen alle Menschen


mitnehmen, die sich dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen und sich nicht den Diktaten der politischen Korrektheit unterordnen wollen.

6. Unter „Volk“ verstehen wir in der französischen Tradition ein politisches Bündnis der Unterdrückten, unabhängig von Herkunft, Religion und Geschlecht. Rechtsradikale und andere Völkische, die in unseliger Tradition nur Deutsche im Sinne der NS-Rassegesetze zum Volk zählen und gegen Immigranten und Flüchtlinge hetzen, machen die dringend nötige Einheit aller Unterdrückten unmöglich. Sie können bei der *Volksinitiative* nicht mitarbeiten und sind auch nicht unsere Bündnispartner.

7. Die *Volksinitiative* will zum Entstehen eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses beitragen, das neben den unteren Klassen auch die Mittelschichten umfassen sollte und darüber hinaus auch die Teile des Kapitals ansprechen will, die sich dem spekulativen Angriff des internationalen Finanzkapitals entgegenstellen.

8. Hauptaufgabe dieses breiten gesellschaftlichen Bündnisses ist die entschädigungslose Nationalisierung des Finanzsektors und die Entmachtung des internationalen Finanzkapitals zunächst im eigenen Land. Dabei entstünde ein Mischsystem mit sowohl privatem wie genossenschaftlichem als auch staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln. Der Finanzsektor wäre unter strenger Kontrolle des Staates, der seinerseits umfassend demokratisiert werden müsste.

9. Mit anderen Staaten, die den Einfluss des internationalen Finanzkapitals ebenfalls abschütteln oder schon abgeschüttelt haben, sind engere Bündnisse anzustreben, die an die Stelle des Transatlantismus treten. Eine Achse Paris-Berlin-Moskau hätte große wirtschaftliche Synergieeffekte und als



Verbindung früherer Erzfeinde große Ausstrahlungskraft auf  
weitere Staaten in Europa und Asien.

(Verabschiedet im Februar 2009)

Weitere Informationen zur *Volksinitiative*:  
[www.volks-initiative.info](http://www.volks-initiative.info); [www.juergen-elsaesser.de](http://www.juergen-elsaesser.de),  
Kontakt zur *Volksinitiative*: [info@juergen-elsaesser.de](mailto:info@juergen-elsaesser.de)





Jürgen Elsässer

## **Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen**


Rede auf der ersten öffentlichen Versammlung der  
*Volksinitiative* am 10. Januar 2009

Meine sehr geehrten Damen und Herren,


ich begrüße Sie zu dieser wichtigen Veranstaltung. Es sind viele gekommen, und auch sonst hat die Veranstaltung schon im Vorfeld für einige Turbulenzen gesorgt. Ich kann Ihnen versprechen, dass man den heutigen Abend so schnell nicht vergessen wird.

Schon bevor wir von der *Volksinitiative* uns öffentlich erklärt haben, werden wir missverstanden. Etwa von der NPD, die bekanntermaßen nicht unbedingt über helle Köpfe verfügt. Gestern hat sich die NPD presseöffentlich der *Volksinitiative* angebidert und auf ein „unverkraampftes“ Herangehen an Bündnisse spekuliert. Dazu sage ich ganz deutlich: Die NPD kann sich das abschminken. Das wird nicht passieren. Zwischen uns von der *Volksinitiative* und Nazis, und zwar nicht nur der NPD, sondern jedweder Couleur, steht eine Feuerwand der Abgrenzung. Eine Mitarbeit von NPDlern in unserer Initiative oder auch eine Zusammenarbeit lehnen wir strikt ab. Mit Leuten, die den Holocaust verharmlosen oder beschönigen oder den Nazismus verharmlosen oder rechtfertigen, wird es keine Form der Kooperation geben. Wer, wie die NPD, immer noch im blutigen Sumpf der Vergangenheit steckt, ist für eine zukunftsorientierte Politik nicht zu gebrauchen.





Offensichtlich denken die NPDler, weil wir den Nationalstaat gegen die Globalisierung verteidigen wollen, seien wir irgendwie weltanschaulich oder politisch in ihrer Nähe. Dies ist etwa so sinnvoll, als würde man Roosevelt für einen Bundesgenossen Hitlers halten. Selbstverständlich gab es in der Wirtschaftspolitik von Roosevelt und Hitler viele Überschneidungen: Beide kurbelten die Industrie durch Staatsaufträge („deficit spending“), große Infrastrukturprojekte und auch durch Rüstungsproduktion an. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind sie vergleichbar. Trotzdem war Roosevelt kein Anhänger Hitlers, sondern einer seiner erbittertsten Gegner – und die Hitler-Fans in den USA, darunter John Prescott Bush, der Großvater des noch amtierenden US-Präsidenten, wollten ihn 1934 aus dem Weißen Haus putschen. Was Roosevelt von Hitler unterschied, war nicht die Wirtschafts-, sondern die Gesellschaftspolitik: FDR war kein Faschist, sondern ein Demokrat, kein Rassist und Antisemit, sondern ein Verteidiger von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.



Wir wollen die verschütteten linken Traditionen wieder freilegen. Was wir wollen, ist keine Querfront, sondern eine Volksfront in der Tradition des Bündnisses von Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerlichen in den Dreißigerjahren, die sich „gegen Faschismus und Krieg“ richtete. In diesem Sinne wurde auch Roosevelt von der *Kommunistischen Partei der USA* unterstützt. Griffig gesagt: Ein Spektrum von Lafontaine bis Gauweiler ist das, was wir wollen.

Und natürlich, wenn wir von Volksinitiative und von Volk sprechen, meinen wir damit den Volksbegriff der Französischen Revolution, nicht dessen altdeutsche Verkümmern auf Blutszugehörigkeit. Für uns gehören also die Menschen „mit Migrationshintergrund“, wie man so schön sagt, also Leute, die hier seit vielen Jahren leben, arbeiten und Steuern bezahlen, dazu, das ist doch klar.

## Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg

Vielfach wird die aktuelle Weltwirtschaftskrise mit der Situation nach dem Schwarzen Freitag 1929 verglichen. Zu Recht. Doch dann muss man natürlich auch die politische Dimension hinzunehmen. Weltwirtschaftskrise, historisch betrachtet, bedeutete auch Weltkrieg und Faschismus. Und was wir im Augenblick in Gaza erleben, sind Schritte hin zu einem Weltkrieg. Die Brutalität der israelischen Kriegführung, bereits im Vorfeld und langfristig unterstützt von den US-Amerikanern, deutet darauf hin, dass die Schraube immer weiter gedreht werden soll, bis auch andere Staaten, aus Verzweiflung oder mit der Absicht der Gegenwehr, in diesen Konflikt mit hineingerissen werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Rede des designierten US-Vizepräsidenten Joe Biden aus dem Wahlkampf 2008. Im Oktober 2008 hat er gesagt: „Merkt euch meine Worte: Es wird keine sechs Monate dauern, bevor die Welt Barack Obama testet, wie sie es mit John F. Kennedy gemacht hat. Denkt daran, ich habe hier gestanden und habe das gesagt, auch wenn ihr euch sonst an nichts erinnert, was ich euch gesagt habe. Passt auf, wir kriegen eine internationale Krise, eine gemachte Krise, um den Mut dieses Burschen auf die Probe zu stellen. Und er wird wirklich harte Entscheidungen treffen müssen. Ich weiß nicht, was das für Entscheidungen sein werden, aber ich verspreche euch: Es wird passieren. Als Schüler der Geschichte und als jemand, der unter sieben Präsidenten gedient hat, garantiere ich euch, dass es passieren wird.“

Man merkt: Joe Biden hat nicht einfach gesagt, da kommt eine Krise, sondern er hat sechs, sieben Sätze drauf verwendet, seinen Zuhörern einzuhämmern, dass diese Krise im ersten Halbjahr 2009 kommen wird. Als ob er schon Kenntnisse ge-



habt hätte über die Ereignisse, die schrecklichen Ereignisse, die wir im Augenblick in Gaza beobachten.

Der Zusammenhang zwischen Krise und Krieg liegt ökonomisch auf der Hand. Denn eine Ökonomie, eine Volkswirtschaft, ein Staat wie die USA, der in der Produktion von Gütern auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist, der muss sich Profite auf andere Weise als im Gütertausch sichern. Und die andere Weise, die außer-ökonomische Weise, wie man sich Reichtümer sichert, ist die kriegerische Erpressung und letztlich der kriegerische Raub. Deswegen erleben wir, dass die Kriege, je tiefer die USA in die Krise hineinschliedern, und das geht ja schon einige Jahre, in immer schnellerer Abfolge kommen.

## Müntefering und Lenin

Wenn wir also über Wirtschaftskrise reden, dürfen wir nicht nur über Wirtschaft reden, sondern wir müssen über den Gesamtzusammenhang reden, also auch die Verbindung ziehen zu den Weltherrschaftsplänen und den Weltkriegsplänen.

Das heißt, wir müssen zwei Dinge im Auge behalten und für diese zwei Dinge habe ich zwei Zitate herausgesucht. Das eine Zitat, was mir sehr wichtig ist, und was die Dinge sehr gut auf den Punkt bringt, lautet: „Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, sie haben kein Gesicht, sie fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“ Das Zitat stammt von Franz Müntefering aus dem Mai 2005. Ein sehr gutes Zitat. Das Problem von Müntefering und seiner Partei ist: Sie haben dieser Erkenntnis überhaupt keine Taten folgen las-



sen. Überhaupt nichts ist passiert von Seiten der SPD, um die Heuschrecken und das Finanz-Kasino zu bekämpfen und ihre Macht einzuschränken.

Das zweite Zitat, für mich genauso wichtig: „Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder geworden. Und diese ‚Beute‘ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber, die die ganze Welt in ihren Krieg um die Teilung ihrer Beute mit hineinreißen.“ Dieses Zitat stammt von Lenin, vom Beginn des Ersten Weltkrieges, aus seinem Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Meines Erachtens ist das heutzutage so aktuell wie nie zuvor. Ich werde nachher auf die „zwei, drei Räuber, die die Welt in ihren Krieg mit hineinreißen“, noch zu sprechen kommen.

## Finanzielle Massenvernichtungswaffen

Das führt uns in die Diskussion um den Krisenzusammenhang, um die Gründe für die Krise. Dabei stehen sich zwei Erklärungsansätze gegenüber. Der eine Erklärungsansatz ist derjenige, der von der Mehrheit der Linken vertreten wird, übrigens mit der Ausnahme nicht nur der *Volksinitiative*, sondern auch mit der Ausnahme von Sahra Wagenknecht, die ein sehr gutes neues Buch zum Thema veröffentlicht hat.<sup>1</sup> Diese Erklärung der Mainstream-Linken läuft darauf hinaus, dass die Krise ihre Ursache in der kapitalistischen Ausbeutung und Überausbeutung hat. Das heißt, es wird gesagt, die Kapitalisten haben so viel aus der Arbeiterschaft in allen Industrienationen herausgepresst in den letzten Jahren und

1 Sahra Wagenknecht, *Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft*, Berlin 2008; vgl. die Auszüge in diesem Buch auf S. xy

Jahrzehnten, dass sie gar nicht mehr wussten, wohin mit dem Geld, und diese Überakkumulation sei in das globale Spekulationskasino abgeflossen.

#### Linke Krisenerklärungen

Idealtypisch heißt es dazu in einem aktuellen Positionspapier der SDAJ, des Jugendverbandes der DKP: „Ursache der Spekulation [...] ist die Überakkumulation von Kapital: Auf dem Weltmarkt ist mehr Kapital unterwegs, dessen Eigentümer nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchen, als es solche Möglichkeiten tatsächlich gibt. Das ist das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung, in der die Kapitalisten den maximalen Mehrwert von den ArbeiterInnen abschöpfen, also Profit machen und damit Kapital anhäufen.“

Ähnliches steht in einer Grundsatzerklärung der Linksfraktion: „Die wesentliche Ursache der Spekulationsblase und ihr Platzen sind aber letztlich in einem weltweiten Übermaß an nach renditeträchtigen Anlagen suchendem Kapital begründet. Diese Überliquidität ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten anhaltenden Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.“

Diese Erklärungen sind richtig, aber nur als Teilerklärungen. Ganz falsch wird der Ansatz, wenn man ihn noch mehr zuspitzt, wie es die *Antikapitalistische Linke*, in der sich der radikale Flügel der Linkspartei gesammelt hat, gemacht hat: „Die jetzt zutage getretene Finanzkrise ist keinesfalls das Ergebnis von angeblich zu geldgierigen und außer Kontrolle geratenen Finanzjongleuren, sondern eine Auswirkung der seit Jahren zunehmenden Überakkumulationskrise des entwickelten Kapitalismus.“

Aus: SDAJ-Bundesvorstand, „Thesen zur Finanzkrise“, 17. Oktober 2008; Bundestagsfraktion *Die Linke*, „Die Finanzmarktkrise und der drohende wirtschaftliche Abschwung in Deutschland“, 29. September 2008; *Antikapitalistische Linke*, „Eine demokratische sozialistische Alternative ist die einzig richtige Antwort auf die Finanzmarktkrise“, 7. November 2008

Die zweite Erklärung liest man eher in der bürgerlichen Presse, etwa im *Spiegel*, wo die Rede ist von „Finanzverbrechern“, die mit der Hilfe der Regierungen diese Krise angezettelt hät-

ten.<sup>2</sup> Meines Erachtens ist, paradoxerweise, diese Erklärung der bürgerlichen Presse näher an der Wahrheit dran. Das Problem des bürgerlichen Mainstreams ist, dass er diese Finanzjongleure oder Spekulanten als gierige Einzelpersonen betrachtet und nicht als soziale Klasse, nicht als Finanzaristokratie, die als Klasse handelt und als Klasse ihre strategischen Ziele verfolgt.

Das augenblickliche Problem, die Krise in ihrer ganzen Wucht, hat nicht in erster Linie mit Überausbeutung zu tun. Es gibt Überausbeutung, es gibt Lohndrückerei, es gibt das dramatische Fallen der Lohnquote, in Deutschland besonders dramatisch, das ist unbestritten – aber das hat nicht die Krise in ihrer Schärfe hervorgerufen. Die Krise in ihrer Schärfe wurde dadurch provoziert, dass das internationale Finanzkapital finanzielle Massenvernichtungswaffen installiert hat. „Finanzielle Massenvernichtungswaffen“ ist ein Ausdruck von Warren Buffett, einem der reichsten Amerikaner, ein Multimilliardär, der die Spekulantenspiele seiner Zunft immer wieder kritisiert hat.

Finanzielle Massenvernichtungswaffen sind vor allem die Derivate. Derivate – das sind hochspekulative Finanzinstrumente, die im Augenblick im gesamten Finanzkreislauf herumschwirren und sich nach einer Berechnung der *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) von Ende 2007 auf eine Summe von 596 Billionen US-Dollar summieren – nicht Millionen, nicht Milliarden, sondern Billionen, eine Zahl mit zwölf Nullen.<sup>3</sup> Also ungefähr 600 Billionen US-Dollar ist die Summe dieser Derivate. Das kann nicht abgezweigt sein aus der Auspressung der Arbeitskraft und aus der Überakkumulation. Denn: Alles, was jährlich produziert wird auf der ganzen

---

2 Beat Balzli u. a., „Der Bankraub“, *Spiegel*, 17.11.2008

3 Im Laufe des Jahres 2008 hat sich die Summe auf 863 Billionen US-Dollar erhöht. Vgl. *Bank of International Settlement* (BIS; dt. BIZ), *BIS Quarterly Review*, „International banking and financial market developments“, Dezember 2008

Welt, in allen Ländern, beläuft sich auf 50 Billionen US-Dollar. Die Summe, von der hier die Rede ist, sozusagen die Munition dieser finanziellen Massenvernichtungswaffen, ist aber das Zwölfwache, 600 Billionen US-Dollar. Das heißt: Wären diese 600 Billionen US-Dollar gespeist aus der realen Wirtschaft, aus der Auspressung der Arbeitskraft, dann hätte 12 Jahre lang alles, was auf der gesamten Welt produziert worden ist, wertmäßig in diesen Bereich abgesaugt worden sein müssen, und nichts sonst wäre produziert worden. Das kann nicht sein.

Diese Summen sind nicht aus der Realwirtschaft abgezweigt, sondern sind artifiziell, sind erzeugt durch finanzielle Hexerei, mithilfe des Computers. Die Anfänge dieser Hexerei hat schon Karl Marx beobachtet, man kann das nachlesen im dritten Band des *Kapitals*, wo er in diesem Zusammenhang von „fiktivem Kapital“ spricht. Fiktives Kapital unterteilt Marx in zwei Kategorien: Das eine ist potentiell mögliches Kapital, das sind etwa die Gewinnerwartungen, die sich in den Aktienkursen widerspiegeln und die möglicherweise durch die Entwicklung der jeweiligen Aktienunternehmen einspielbar sind. Die andere Kategorie ist das „illusorische Kapital“ – Marx spricht in diesem Zusammenhang von „nominellen Repräsentanten nicht-existierenden Kapitals“.<sup>4</sup> Marx schreibt: „Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweise zu verdreifachen, durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital, oder auch nur dieselbe Schuldforderung, in verschiedenen Händen oder verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses Geldkapitals ist rein fiktiv.“<sup>5</sup> Man beachte: Marx sprach damals von Verdopplung oder Verdreifachung. Er konnte sich nicht vorstellen, dass sich diese fiktive Summe – zwar nicht in den Händen der Staaten, sondern in den Hän-

4 Karl Marx, *Das Kapital* (Dritter Band), MEW 25, Berlin/DDR 1979, S. 494

5 Ebenda, S. 488


den von privatem Bankkapital und Spekulanten – ver Hundertfachen und vertausendfachen kann, bis sie das Zwölfwache der globalen jährlichen Wirtschaftsleistung beträgt.

## Die Anti-Deutsche Bank


Diese Bomben aus fiktivem Kapital wurden induziert und versteckt im realen Wirtschaftssystem. Nehmen wir beispielsweise den Bankrott der *Industriekreditbank* IKB. Der Bankrott dieser Mittelstandsbank im Spätsommer 2007 war sozusagen der Beginn der deutschen Variante dieser großen Krise. Wie kam es dazu? Die IKB hatte eine irische Tochter gegründet, die in diese Spekulationsgeschäfte mit fiktivem Kapital involviert war. Die IKB hatte diese irische Tochter ausgestattet mit einem Eigenkapital von lächerlichen 500 Euro. Aber die Spiele, die diese irische Tochter mit diesem lächerlichen Eigenkapital gemacht hat, beliefen sich schließlich auf Verbindlichkeiten in Höhe von 13 Milliarden Euro. Das Problem war: Als alle diese Spielchen geplatzt sind, musste die IKB dafür geradestehen, diese Schuldforderungen zu begleichen. Denn die irische Tochter hatte ja nichts, hatte kein Eigenkapital. Und wer hat diese finanzielle Bombe, diese Bombe aus fiktivem Kapital in die IKB eingeschleust? Das war die *Deutsche Bank*!<sup>6</sup>

Die *Deutsche Bank* ist die gefährlichste Bank Deutschlands und hängt eng zusammen mit dem anglo-amerikanischen Finanzkomplex, von dem ich im Weiteren noch reden werde. De facto muss man sagen: Die *Deutsche Bank* ist mittlerweile eine Anti-Deutsche Bank. Die *Deutsche Bank*, Ackermann, hat der IKB diese Spekulationsgeschäfte aufgeschwatzt, und als im Sommer 2007 die Sache anrühlich wurde und klar wurde,


6 Vgl. Holger Appel, „Bank gegen Bank. Es gibt schwere Vorwürfe gegen die *Deutsche Bank* – und eine spektakuläre Lösung für die IKB“, FAZ, 20.08.2007



dass es Probleme mit der Haftung und Rückzahlung gibt, da Schuldner ausfallen, hat die IKB bei der *Deutschen Bank* angefragt, ob man vielleicht Geld bekommen könnte, um die Notlage zu überbrücken. Da hat die *Deutsche Bank* gesagt: „Damit haben wir nichts zu tun.“ Sie hat die IKB am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Und nicht nur das! Die *Deutsche Bank* hat als nächstes die Bank- und Börsenaufsicht informiert, das heißt, hat die IKB angeschwärzt, dass sie in Problemen ist, und dann ging's mit der IKB-Aktie erst richtig nach unten. Es war eine richtig verbrecherische Strategie: Die *Deutsche Bank* hat den Hebel umgelegt, damit es hierzulande mit der Wirtschaft bergab geht. Das sind wirkliche Verbrecher.



Das Besondere ist, und da hat die Mainstream-Linke mit Ausnahme von Schara Wagenknecht einen schwachen Punkt: Dieses fiktive Kapital, diese 600 Billionen, diese finanziellen Massenvernichtungswaffen, die werden gesteuert von relativ wenigen Großbanken in New York und London. Das heißt, das ist keine allgemein kapitalistische Entwicklung, sondern diese Entwicklung kommt aus dem anglo-amerikanischen Finanzimperialismus. Die anglo-amerikanische Finanzaristokratie, diese Formulierung verwende ich bisweilen, obwohl der Ausdruck nicht ganz richtig ist. Man sollte eher von internationaler Finanzaristokratie oder internationalem Finanzkapital sprechen. Denn deren Hauptstützpunkte sind zwar in den USA und Großbritannien, aber diese Banker kennen keine Nation, keine Religion und keinen Glauben. Die haben nur einen einzigen Glauben, und das ist der an den Mammon. Und deswegen ist auch die rechte Demagogie, vom jüdischen Finanzkapital oder von der jüdischen Hochfinanz zu reden, so blöde. Denn in dieser internationalen Finanzaristokratie gibt sowohl jüdische Banker wie auch christliche, islamische und konfessionslose – das ist alles ein Geschwür, das sich aufgrund der geschichtlichen Entwicklung in Großbritannien und den USA besonders gut einnisten konnte und von dort aus die wesentlichen Geschäfte macht.



Eine ganz wichtige Hausnummer in diesem Zusammenhang ist die Bank *J.P. Morgan*. Sie hat diese Derivate, die besonders aggressiven Formen der Spekulationsinstrumente, im Grunde erfunden, und zwar in Zusammenarbeit mit *Morgan Stanley*, ihrer Investmentbank, und mit *Goldman Sachs*, deren ehemaliger Manager Hank Paulson im Augenblick amerikanischer Finanzminister ist. Diese Gruppe von Banken hat mithilfe des ehemaligen US-Zentralbankenchefs Alan Greenspan seit Ende der 80er-Jahre planmäßig die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass sich diese Finanzblase aus Derivaten aufbauen konnte.

*J.P. Morgan*

In den Think Tanks der großen US-Investmentbanken vor allem, insbesondere bei *J.P. Morgan*, wurden die wundersamen Modelle der wundersamen Geldvermehrung erdacht, die nun eines um das andere rasselnd umgestürzt sind wie eine lange Kette Dominosteine.

Aus: Beat Balzli u. a., „Der Bankraub“, *Spiegel*, 17.11.2008

Die bisher drittgrößte amerikanische Bank *J.P. Morgan Chase & Co.* wird neben der *Bank of America*, die soeben die traditionsreiche Investmentbank *Merrill Lynch* übernommen hat, zu einer Gewinnerin der Finanzkrise. Nachdem *J.P. Morgan* erst Mitte März die angeschlagene Investmentbank *Bear Stearns* zu einem Ausverkaufspreis von 236 Millionen Dollar übernehmen konnte, gelangt nun die amerikanische Sparkasse *Washington Mutual* in den Besitz des neuen Marktführers *J.P. Morgan*. Die Bank mit ihren bisher rund 180 000 Mitarbeitern zahlt für das Geschäft gerade 1,9 Milliarden Dollar. Weitere Kosten in Milliardenhöhe werden zwar hinzukommen, aber unter Analysten gilt auch diese Transaktion als Schnäppchen.

Aus: Kno., „J.P. Morgan nutzt die Krise“, *FAZ*, 27.09.2008

Mit am wichtigsten dabei war die Installierung von Banktöchtern und Hedgefonds außerhalb der nationalen Rechtsprechung, vor allem in Steuerparadiesen wie den Cayman Islands, den Bahamas, den Bermudas und den britischen Kanalinseln. Hedgefonds, Heuschrecken, sind zu 92 Prozent in diesen Re-

gionen angesiedelt: Cayman Islands, Bahamas, Bermudas und britische Kanalinseln. In den EU-Staaten außerhalb Großbritanniens sind nur drei Prozent dieser Hedgefonds angesiedelt.<sup>7</sup> Über 50 Prozent der Geschäfte auf den Börsenplätzen London und New York werden von Hedgefonds gemacht. Weltweit die meisten Hedgefonds werden kontrolliert von *J.P. Morgan*.

Das heißt, die deutsche Politik hat zwar, besonders in der Ära Schröder, eine große Verantwortung, eine große Schuld auf sich geladen, indem sie diesen Verbrechern den Einzug nach Deutschland ermöglicht hat. Etwa durch die Zulassung von Hedgefonds 2004 oder durch die Zulassung von Verbriefungsgeschäften, das heißt von außerbilanziellen Spekulationsgeschäften, sowohl in der Schröder-Regierung unter Eichel als auch in der Merkel-Regierung unter Steinbrück. Aber die deutschen Politiker waren nur die dummen Idioten. Die Hauptversucher, die Hauptschuldigen, sitzen nicht in Deutschland.

## Der geopolitische Hauptwiderspruch

Das hängt zusammen mit der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur. Die USA, wie es in einem Kommentar der *Financial Times* hieß, ähneln als Volkswirtschaft insgesamt mittlerweile einer Heuschrecke.<sup>8</sup> Die USA sind flächendeckend deindustrialisiert worden, seit Beginn der 70er-Jahre. Die haben bei den Beschäftigten einen Industrieanteil unter 10 Prozent.<sup>9</sup> Ähnlich sieht es in Großbritannien aus, dort haben wir einen Industrie-

---

7 Bes., „London dominiert Europas Hedge-Fonds-Geschäft“, FAZ, 02.05.2007

8 Zitiert nach Rainer Rilling, Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke?, Rosa Luxemburg-Stiftung *standpunkte* 23/2008, Berlin 2008

9 *Economist*, 01.10.2005

anteil von 12 bis 13 Prozent<sup>10</sup>. Ganz anders in Deutschland, wo wir immer noch, trotz aller Deindustrialisierung in der Ex-DDR, einen Industrieanteil von 25 Prozent haben.<sup>11</sup> Auch in Frankreich sind es noch 18 Prozent, dazu kommt die relativ große französische Landwirtschaft.

Das heißt, im alten Europa wird immer noch produziert. Im Unterschied dazu sind die USA und Großbritannien im Grunde Spekulationsländer. Das ist der Widerspruch, den ich in der heutigen Welt sehe, und deswegen habe ich vorhin das Leninzitat mit den „zwei, drei weltbeherrschenden, bis an die Zähne bewaffneten Räubern“ vorgelesen: Wir bekommen eine Konfrontation zwischen den produzierenden Staaten auf der einen Seite, zu denen die großen kontinentaleuropäischen gehören, vor allem aber die BRIC-Länder Brasilien, Russland, Indien, China; und auf der anderen Seite den spekulierenden Staaten unter der Führung der USA und Großbritanniens.

Die Spekulationsstaaten müssen Krieg führen, das erfordert ihre Ökonomie. Der Finanzsektor in den USA hat Anfang der 80er-Jahre drei bis vier Prozent der Gewinnsumme der Gesamtökonomie erwirtschaftet, bis zum Jahr 2007 stieg der Anteil auf 41 Prozent.<sup>12</sup> Finanzsektor heißt: Da wird nichts hergestellt, da wird nur spekuliert. Aber da werden natürlich märchenhafte Gewinne erzielt, 41 Prozent der Gewinne der gesamten US-Wirtschaft.

Hier sehen wir den Zusammenhang zum Krieg. Der Finanzsektor, der 41 Prozent aller Gewinne erwirtschaftet, ist mit

- 10 Philip Plickert/Sven Astheimer, „Ein aufgeblähter Finanzsektor birgt Risiken“, FAZ, 29.10.2008; Im selben Artikel heißt es, der Industrieanteil in Deutschland sei in den letzten zehn Jahren von 22 auf 24 Prozent gestiegen.
- 11 Michael Hüther, Direktor IW Köln, „Annonce auf unser industrielles Herz“, *Handelsblatt*, 14./15./16.11.2008
- 12 Vgl. Rainer Rilling, a. a. O.

ungefähr demselben Anteil an der Steuerzahlung beteiligt. Ein großer Teil der Haushaltsmittel des US-Staates kommt also aus dem Finanzsektor. Und was macht der US-Staat mit diesen Haushaltsmitteln? Unter anderem führt er damit Kriege, wie etwa den 3-Billionen-Dollar-Krieg im Irak. Das heißt: Die Finanzindustrie nährt den Krieg, und zwar über ihre Steuerzahlungen.

Aber es gibt noch einen weiteren Zusammenhang: Der US-Staat finanziert bekanntlich seine Kriege nicht nur über seine Steuereinnahmen, das würde gar nicht ausreichen, sondern er muss sich dafür auch in steigendem Maße verschulden. Zu diesem Zweck nimmt er Geld über Staatsanleihen auf, die er auf den internationalen Kapitalmärkten platziert. Diese Staatsanleihen, diese amerikanischen Schuldscheine, werden gekauft von China, Platz 1, von Japan, Platz 2, aber an der dritten Stelle der Käufer stehen schon die Hedgefonds, die in Großbritannien sitzen und in den genannten Steuerparadiesen.<sup>13</sup> Auch darüber wird also die Kriegsmaschine durch die Finanzaristokratie geschmiert.

Umgekehrt braucht es den Krieg aber auch, um die globale Windmaschine, das globale Kasino am Laufen zu halten. Sie müssen überlegen: Seit dem 11. September 2001 bis zum Jahr 2005 sind mehr zusätzliche Dollars in den Umlauf gebracht worden als in der gesamten 200-jährigen US-Geschichte zuvor. Da wurde eine riesige Blase aus Papiergeld aufgepumpt, die nicht durch reale Werte gedeckt ist. Wie bringt man den Rest der Welt dazu, wertlose Dollarschnipsel, auf denen nur „In God we trust“ steht, als Währung zu akzeptieren? Obwohl keine Golddeckung mehr da ist? Die heutige Deckung der US-Währung besteht in militärischer Macht. Das heißt, ihre gewaltige Überlegenheit auf militärischem Gebiet (sie geben

13 Bloomberg, „Hedge Fonds sind groß bei Staatsanleihen in Amerika eingestiegen“, FAZ-online, 20.12.2004



mehr für die Rüstung aus als die 18 folgenden Industriestaaten zusammen) ermöglicht es den US-Amerikanern, jederzeit und an jedem Ort der Welt mit vorgehaltener Maschinenpistole den Umtausch ihrer wertlosen Dollar-Papierschnitzel in Waren und Werte zu erzwingen.

Zusammengefasst: Die Kriegsmaschine wird durch fiktives Kapital finanziert – und umgekehrt müssen Kriege geführt werden, um den eigentlich illusorischen Wert des fiktiven Kapitals zu garantieren. Das ist ein Kreislauf, der sich immer schneller dreht und der die Welt immer tiefer in den Abgrund reißt.

## Die Linke in der Krise

Die Linke hat in der Krise seit Herbst 2008 keine gute Figur gemacht. Die Linke macht sowieso für meine Begriffe eine schwere Krise durch, die in Deutschland nur überdeckt wird durch die Person und das Ansehen von Oskar Lafontaine. Aber wenn man den Blick etwas schweifen lässt und ganz Europa betrachtet, dann merkt man, dass die Linke eigentlich überall kaputt ist. In Frankreich ist die *Kommunistische Partei* unter fünf Prozent, die *Sozialistische Partei* hat sich in mehrere Splitter zerlegt, die Trotzisten sind lautstark, aber unbedeutend. In Spanien ist die *Vereinigte Linke* kaputt. In Italien ist der sogenannte *Olivenbaum* seit der letzten Wahl zerschmettert, *Rifundazione Comunista* befindet sich in Auflösung. Wo man hinschaut, ein einziges Bild des Jammers.

Nur in Deutschland sieht es etwas besser aus, aber das Agieren der Linken in der Finanzkrise gibt nicht zu großen Hoffnungen Anlass. Dazu kommt jetzt das katastrophale Versagen angesichts der Kriege. *Die Linke* hat schon während der Georgienkrise im August 2008 versucht, durch Abtauchen und Nicht-Stellungnahme Punkte zu machen. Und jetzt bei der



Gaza-Aggression der Israelis dauerte es zehn Tage, bis Gysi eine Stellungnahme zustande gebracht hat. Und zu allem Überfluss haben wir morgen eine Pro-Kriegs-Demonstration des *Zentralrats der Juden*, die vom Berliner Landesverband der Linkspartei unterstützt wird und wo der Landesvorsitzende Klaus Lederer auch noch eine Rede hält. Man fragt sich, wer die Partei in Hessen wählen soll, aber wir werden ja sehen.

Aber ich will mich auf die Finanzkrise konzentrieren. Für mich war besonders schmerzhaft, dass auch Lafontaine nicht das gebracht hat, was ich von ihm erwartet habe. Es begann im September 2008 nach dem Zusammenbruch von *Lehman Brothers* in den USA. Als in den USA das Banken-Rettungspaket aufgelegt wurde und die US-Regierung sehr aggressiv bei den Europäern Unterstützungszahlungen gefordert hat. Damals haben Merkel und Steinbrück, für meine Begriffe überraschend positiv, dem amerikanischen Druck widerstanden. Merkel hat gesagt: „Ich kritisiere das Selbstverständnis der Finanzmärkte, leider haben diese sich freiwilligen Regelungen zu lange widersetzt, unterstützt von den Regierungen in Großbritannien und den USA.“ Und Steinbrück sagte: „Die USA sind der Ursprung der Krise.“

Das war vollkommen richtig von Steinbrück, vollkommen richtig. Aber ausgerechnet in dieser Situation fiel *Die Linke* in Gestalt von Lafontaine der Bundesregierung in den Rücken. Er verlangte von der Bundesregierung, sie müsse die USA unterstützen – eine idiotische Haltung, Lafontaine wörtlich: „Die Bundesregierung muss den USA helfen, krisengeschüttelte Banken zu retten.“<sup>14</sup> Ein Wahnsinn!

Diese Strategie setzt sich dann fort. Drei Wochen später, im Oktober 2008, gab es bei uns dasselbe Problem wie in den

14 Zitiert nach Ulrich Rippert, „Lafontaine unterstützt 700-Milliarden-Geschenk an Wallstreet“, World Socialist Web Site, 26.09.2008

USA. Auch hier sollten Banken gerettet werden. Merkel und Steinbrück hatten ihre anfänglich gute Haltung sehr schnell vergessen, zur Freude des Finanzkapitals, und haben auch hier einen 500-Milliarden-Euro-Schirm zur Bankenrettung aufgespannt. Und was machte *Die Linke*? Sie laviert! Lafontaine sagte bei Anne Will: „Im Prinzip ist das richtig, aber ...“ Also keine prinzipielle Opposition, keine Aussage „dem Kasino, dem Finanzkapital geben wir nichts, weder in den USA noch hierzulande“. Stattdessen: *Die Linke* ist im Prinzip dafür und bekrittelt nur die Details.

Letzten Endes hat *Die Linke* dann zwar im Bundestag mit Nein gestimmt, aber man sollte nicht vergessen, dass sie dennoch die große Chance versäumt hat, das Bankenrettungsgesetz im Bundestag zu Fall zu bringen. Man könnte einwenden: *Die Linke* hat nur etwa 50 Abgeordnete von 600, sie hätte das Gesetz nicht verhindern können bei der Abstimmung. Aber Sie werden sich erinnern: Das Bankenrettungsgesetz wurde innerhalb von fünf Tagen durch den Bundestag gepeitscht, erste Lesung, zweite Lesung, dritte Lesung. Das war nur möglich, weil alle Parteien sich mit diesem beschleunigten Gesetzgebungsverfahren einverstanden erklärt haben. Hätte *Die Linke* gesagt: Wir bestehen auf dem Verfahren, wie es im Grundgesetz steht, hätte der Bankenrettungsplan – erste, zweite, dritte Lesung – einige Wochen gebraucht und wäre wahrscheinlich an dieser Verzögerung gescheitert. Soweit wollte es *Die Linke* nicht kommen lassen, man begnügte sich mit zahnloser Opposition.

Was *Die Linke* in der Folge gemacht hat und was sie weiterhin macht, sind Spielereien in der Steuergesetzgebung, Vorschläge zur Erhöhung der Kaufkraft. Da gibt's dann ein Pingpongspiel mit den anderen Parteien, mal sagt die Bundesregierung die höhere Zahl, mal *Die Linke*. Das ist ziemlich einfalllos. Und was auch von links gemacht wurde, ist Polemik gegen die Fa-



milienbetriebe. Etwa im bayrischen Wahlkampf Ende 2008, sowohl von Lafontaine als auch von der vorhin von mir gelobten Sahra Wagenknecht. Diese Polemik geht meines Erachtens völlig an der Sache vorbei, denn die Familienbetriebe sind nicht für die Krise verantwortlich. Die Familienbetriebe sind natürlich Teil des Gesamtproblems, weil sie zu niedrige Löhne zahlen, das kann man sicherlich kritisieren. Aber die Spekulationsblase, die finanziellen Massenvernichtungswaffen – damit haben die Familienbetriebe nichts zu tun, auch nicht die ganz großen Familienbetriebe wie Porsche und Quandt.

### Was tun?

Ich sehe die Verpflichtung und die Möglichkeit, in der aktuellen Krise weit über die bisherigen Ansätze der Linken hinauszugehen.

Bei den bisherigen Ansätzen der Linken kann man zwei unterscheiden: Da ist zum einen der traditionssozialistische und gewerkschaftliche Ansatz, der besonders von den trotzkistischen Resten gepflegt wird, also Klassenkampf nach dem Motto: hier die Arbeiterklasse, das Proletariat, dort die Kapitalisten, die Unternehmer. Dann gibt es zum zweiten den neulinken Ansatz in der Tradition der 68er; der zielt auf ein Regenbogen-Bündnis ab; Gewerkschaften und Klassenkampf spielen nur noch eine Randrolle, stattdessen wird eine Sammlung aller möglichen Minderheiten intendiert, rund um Themen wie Flüchtlingsschutz und Klimaschutz. Exemplarisch konnte man diesen Ansatz bei den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm im Sommer 2007 besichtigen, von denen im Grunde heute nichts übrig geblieben ist.

Im Unterschied zu beiden Ansätzen gehe ich davon aus, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, über die Beschränkung der



linken Politik auf das Proletariat und Randgruppen hinausgehen und zusätzlich auch den Mittelstand und selbst Teile des Industriekapitals in eine Abwehrfront einzubinden. Denn was wir im Augenblick erleben, ist etwas Neuartiges: dass auch das Industriekapital unter der Politik des Finanzkapitals leidet. Die Banken haben sehr viel Geld bekommen, angeblich zu ihrer Rettung, aber die Banken weigern sich, diese Milliarden an die Industrie weiterzureichen. Es kommt zu einer richtigen Kreditklemme!

**„Wir Banken wertberichtigen die Schwäbische Alb“**

Die Unternehmerin wäre besser nicht in die Talkshow gegangen. Nein, sie will ihren Namen nicht mehr in der Öffentlichkeit sehen, und sie will auch nicht mehr öffentlich beklagen, dass die Finanzierungsbedingungen für den deutschen Mittelstand immer schwieriger werden. Natürlich klemme es in der Kreditvergabe, auch wenn der Tatbestand einer völligen Kreditverweigerung noch nicht erfüllt sei. Natürlich gebe es noch mehr Fälle als ihren eigenen. Und natürlich stünden Dutzende Betriebe vor der Pleite, weil die Kreditinstitute nur noch Institute seien, aber keine Kredite mehr gewährten. Doch reden will sie darüber nicht mehr. Nach dem letzten Auftritt hat es nur wenige Stunden gedauert. Dann haben die Banken ihrem Unternehmen die Kreditlinien gekürzt. [...] Die Banken fahren ihre Kreditengagements herunter, weil ihnen in der Finanzkrise durch Wertberichtigungen und Verluste das Eigenkapital abhandenkommt. [...] Schließlich sind viele Banken selbst auf staatliche Hilfe angewiesen – und erhalten sie auch. Wenn diese Häuser gleichwohl mit der Kreditvergabe geizen, sollten sie sich besser nicht nach ihrem Ansehen bei den Unternehmern erkundigen. „Auf die sind wir richtig sauer. Bekommen den staatlichen Rettungsschirm – und drehen uns trotzdem den Hahn zu“, bringt einer die Stimmung auf den Punkt. Hart ist die Automobilindustrie getroffen und hier vor allem die Zulieferer. Das ist kein Randgebiet auf Deutschlands Arbeitsplatzkarte. 330 000 Mitarbeiter beschäftigen die Betriebe direkt. Zählt man die Vorlieferanten in Gießereien, dem Maschinenbau oder der Chemieindustrie hinzu, kommen leicht mehr als eine Million Arbeitsplätze zusammen. Und es gibt durch die regionale Konzentration dieser Industrie ein Klumpenrisiko, das ein Bankmanager mit den Worten umschreibt: „Wir wertberichtigen gerade die ganze Schwäbische Alb.“ [...]

„Wir müssen zusehen, dass die Betriebe, die wettbewerbsfähig sind, die Krise überstehen“, heißt es von den Branchenvertretern. Im *Verband der Automobilindustrie* gärt es besonders. Geschäftsführer Klaus Bräunig sieht „dramatische Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise“. Auch wenn es ein wenig nach Stammtischparole klingt, die Stimmung in der Branche ist eindeutig: „Der Finanzsektor hat uns die Krise eingebrockt, und wir sollen sie ausbaden.“

Aus: Holger Appel/Benedikt Fehr, „Wir Banken wertberichtigen die Schwäbische Alb“, FAZ, 13.12.2008

Damit bildet sich der weltweite Widerspruch, den ich vorhin skizziert habe, zwischen Spekulationsstaaten und Produktionsstaaten, auch in der Binnenwirtschaft, in der Nationalökonomie ab, und zwar als Widerspruch zwischen spekulativem Finanzkapital unter der Führung der *Deutschen Bank* auf der einen Seite und großen Teilen des Industriekapitals – nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch viele Großunternehmen – auf der anderen Seite.

Ganz besonders konzentriert sich die Krise in der Automobilwirtschaft. An der Automobilwirtschaft hängt in Deutschland jeder sechste Arbeitsplatz, hängen also ungefähr sechs bis sieben Millionen Jobs. Wenn hier was zusammenbricht, und es sieht ganz danach aus, dann ist es wirklich ein Schlag ins Kontor. Erster Dominostein, der wackelt: *Opel*. *Opel* hängt an *General Motors*. Man sagt jetzt – auch von links her hört man das dumme Zeug, so ’n bisschen klammheimliche Freude – dass die Automobilindustrie zugrunde gehen muss und dass das auch nicht schade ist, weil sie nicht ökologisch produziert. Sie hat angeblich zu viele und zu große Autos gebaut, und dann noch diese ganzen Spritfresser. Welch ein Blödsinn! Das trifft noch nicht mal für die amerikanische Industrie zu. Die Krise von *General Motors* hängt nicht damit zusammen, dass die die falschen Autos gebaut haben. Sondern es hängt damit zusammen, dass *General Motors* 1993 von einer großen Heuschrecke gekapert wurde, vom *CalPERS Fond*. Und dieser *CalPERS*

*Fond*, diese Heuschrecke, hat das Kapital aus *General Motors* – einem gesunden, florierenden Unternehmen – heraus- und das Unternehmen ausgesaugt, über Aktienausschüttungen, über Sonderausschüttungen, sodass kein Cash mehr da war zur Verbesserung der amerikanischen Autos. So ging *General Motors* kaputt. Und *Chrysler* hat mit *Cerberus* die nächste Heuschrecke an den Hals gekriegt, nachdem *Chrysler* von *Daimler Benz* abgestoßen worden ist. Und als GM ausgesaugt war, saugte die Heuschrecke an *Opel* weiter. Wer sagt was gegen *Opel*? Wer sagt überhaupt was gegen die deutschen Autos? Die Polemik, die man in linken oder ökologischen Blättern oder Grünen-nahen Blättern gegen die deutsche Autoindustrie liest, kann ich nicht nachvollziehen. Deutsche Autos sind gute Autos. Deutsche Autos werden weltweit gebraucht, sind ökologisch sparsam und sehr modern. Die deutsche Autoindustrie hat es nicht verdient, durch amerikanische Heuschrecken ruiniert zu werden.

#### *Opel* ausgesaugt

Mitarbeiter und Politiker vergleichen GM mit einem Finanzinvestor, der über *Opel* hergefallen sei. „Es ist ein Skandal, dass GM als ‚Heuschrecke‘ durch Missmanagement allein in Hessen 50 000 Arbeitsplätze inklusive Zulieferer bedroht“, schreibt der FDP-Landesvorsitzende, Jörg-Uwe Hahn. Die Opelaner fühlen sich schlecht behandelt: Im dritten Quartal hatte GM einen Teil seiner Verluste zu *Opel* verschoben, sodass das Europageschäft ein Minus von 780 Millionen Euro ausweisen musste. Kosten für die *Opel*-Schwester *Saab* und die gut laufende Marke *Chevrolet* wurden überproportional in Europa verbucht.

Aus: „*Opel* fühlt sich von GM ausgesaugt“, *Welt Online*, 16.11.2008

Ich möchte aus einem *Spiegel*-Artikel zitieren, der die Stimmung in Rüsselsheim im November 2008 aufgefangen hat. Da hat ein Passant dem *Spiegel*-Reporter gesagt: „Staatliche Hilfe für *Opel* wäre gut, weil sie eine gewisse Sicherheit bietet. Aber

die Verbindung zu *General Motors* muss weg.“ Ein anderer hat gesagt: „Sonst versickert das Geld am Ende wieder in Amerika.“ Und ein dritter ergänzte: „Die Deutschen machen gute Arbeit und die Amis saugen uns als Dankeschön aus.“ Der *Spiegel*-Journalist fasste zusammen: „Das ist jetzt der kleinste gemeinsame Nenner der Rüsselsheimer.“<sup>15</sup> An diesem kleinsten gemeinsamen Nenner von den Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien in der Automobilindustrie und in Städten wie Rüsselsheim müssen sich Antikapitalisten orientieren, die wirkungsmächtig werden wollen und die die Leute hinter sich kriegen wollen. *General Motors* muss abgespalten werden von *Opel*, *Opel* muss selbstständig werden. Es kann nicht angehen, dass die US-amerikanische Krise auf das deutsche Industriekapital übergreift.

Jetzt sagen die Juristen: Abspaltung *Opel* von GM, das geht gesetzlich nicht. Denn es gibt internationale Verträge, die *Opel* an *General Motors* binden, und *Opel* hat deswegen nicht einmal ein eigenes Konto, auf das die Bundesregierung Fördergelder überweisen könnte. Alle *Opel*-Konten sind *General Motors*-Konten. Wenn das juristisch so sein sollte, dann muss die Bundesregierung diese internationalen Verträge brechen! Das amerikanische und britische Finanzkapital hat einen Krieg gegen – nicht nur, aber auch – die deutsche Wirtschaft eröffnet. Und Aufgabe der Politik ist es, vor diesem kriegerischen Angriff nicht zu kapitulieren. Ich rede nicht von einer militärischen Auseinandersetzung. Aber der Wirtschaftskrieg, den uns das internationale Finanzkapital über den Umweg USA und Großbritannien aufzwingen will, muss geführt werden. Sonst werden wir vernichtet, unsere Arbeitsplätze und unsere Existenzen. Aber die Möglichkeit, diesem Würgegriff zu entkommen, ist da! Denn wir haben wichtige und immer wichtiger werdende Handelspartner im Osten. Wir haben die

15 Sebastian Wieschowski, „Wir müssen endlich General Motors loswerden“, *Spiegel* Online, 17.11.2008

VR China, wir haben Russland, wir haben Indien. Dort sind riesige Kaufkraftüberschüsse, dort gibt es zahlungskräftige Nachfrage. Also muss die Politik sich umorientieren auf die Märkte im Osten. Anstelle des transatlantischen Bündnisses, das nichts anderes ist als ein Kriegsbündnis, brauchen wir die Orientierung auf eine eurasische Friedens- und Wohlstandszone. Das wäre auch der Bevölkerung vermittelbar und das würde auch Arbeitsplätze in Rüsselsheim und anderswo schützen.


Ich komme zum Schluss. Ich denke wir können eine neue Bewegung um drei Eckpunkte konfigurieren:

Erster Punkt: Gegner ist nicht das Kapital im Allgemeinen. Wir machen keinen Feld-, Wald- und Wiesen-Antikapitalismus. Sondern Gegner sind die aggressivsten Teile des Kapitalismus, nämlich das Finanzkapital mit seinen Heuschrecken, das ist der Gegner.

Zweiter Punkt: Gegen diesen Gegner ist eine breite Einheit möglich, beginnend mit der Arbeiterschaft und den unteren Klassen über den Mittelstand bis hin zu den aufgeschlossenen Teilen des Industriekapitals.

Dritter Punkt: Diese Volksfront – Arbeiterschaft, Mittelstand, Industriekapital, Linke plus die breite Mitte plus die demokratische Rechte – muss gegen den internationalen Gegner die Möglichkeiten des Nationalstaates nutzen.

Um diese drei Eckpunkte sollte man eine breite Einheit konstruieren können. Das Jahr 2009 wird solche Erschütterungen mit sich bringen, dass solche Gedanken, auch wenn sie aus einem zunächst kleinen Kreis wie dem unseren formuliert werden, in der breiten Öffentlichkeit und sogar bei den einflussreichen Leuten Gehör finden werden. Der erste Schritt könnte sein, auf der Grundlage dieser drei Punkte einen Kongress zu organisieren, möglichst noch in der ersten Hälfte des Jahres 2009, und zur Vorbereitung dieses Kongresses alle Gruppen und Einzelpersonen einzuladen, die diese drei Punkte unterstützen.



Das wäre ein Anfang, um erstmal eine große Masse und eine neue politische Konfiguration sichtbar zu machen. In diesem Sinne: Vorwärts mit der *Volksinitiative!* Oder wie der Italiener sagt: *Avanti Popolo!*

(Text der Rede nach dem Live-Mitschnitt, mit geringfügigen grammatikalischen und syntaktischen Bearbeitungen. Zwischenüberschriften, erläuternde Kästen und Fußnoten wurden nachträglich eingefügt.)



Jürgen Elsässer

## Eine Initiative, die die Linke erschütterte

Die Reaktionen auf unsere neue Art,  
Politik zu machen

Die erste Veranstaltung der *Volksinitiative* mit dem eingangs dokumentierten Referat hatte eine ungeheure Resonanz: Artikel in *Welt* und *Berliner Morgenpost*, gleich vier Artikel in der *taz*, Schmähung in der Tageszeitung *junge Welt* und Verdächtigungen im Konkurrenzorgan *Neues Deutschland*, blanke Hetze im Monatsmagazin *Konkret* und im Wochenblatt *Jungle World*. Dort schrieb einer: „Elsässer will mit seinem zum Faschismus geronnenen, regressiven Antikapitalismus ‚raus aus dem linken Getto‘.“<sup>1</sup> Wissen diese Leute überhaupt noch, was Faschismus ist?

Für die überwiegend negativen Reaktionen waren indessen nicht im Wesentlichen die von der *Volksinitiative* propagierten Inhalte verantwortlich, sondern eine externe Einwirkung oder vielmehr derer zwei. Einen Tag vor der Veranstaltung hatte sich die NPD in einer Presseerklärung positiv auf die *Volksinitiative* bezogen und vom „Eisbrecher“ Jürgen Elsässer geschwärmt. Da ich diese Offerte in meiner Rede sofort und gründlich zurückwies (vgl. S. 15/16) und auch in der Diskussion danach kein rechtsradikales Wort zu hören war, hätte der braune Spuk damit eigentlich zu Ende sein müssen. Wenn nicht noch etwas anderes geschehen wäre: Ungefähr 20 Minuten nach der offiziellen Auflösung der Versammlung, als von den 120 Anwesenden vielleicht noch 40 im Saal waren, stürm-

---

1 Jean Cremet, „Volksfront? Querfront!“, *Jungle World* 03/09



te ein Trupp Vermummter herein und begann mit Prügeleien. Zwei Teilnehmer wurden niedergeschlagen und blieben blutüberströmt am Boden liegen. Einer war, wie sich später herausstellte, der justizbekannte Holocaust-Leugner Gerd Walther. Durch diesen Überfall und die darauf folgende Pressemeldung der Polizei wurde der Auftakt der *Volksinitiative* für viele Medien überhaupt erst zum Event – allerdings ganz anders, als wir es uns gewünscht hatten. In verschiedenen Meldungen konnte man lesen, dass sich unter den Anwesenden noch mehr Rechtsradikale befunden hatten.

Die Störaktion erschien vor diesem Hintergrund nicht als schwerwiegender Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit, sondern als eine im Grunde begrüßenswerte antifaschistische Säuberung. Dass einer der beiden Verletzten kein Rechter war, sondern ein Roadie der linken HipHop-Band *die\_bandbreite*, störte die Journalisten nicht. *taz*-Reporter Helmut Höge dichtete, um seine Story widerspruchsfrei zu machen, der Musikgruppe flugs „antisemitische Texte“ an<sup>2</sup> – eine üble Verleumdung, die mittlerweile die Gerichte beschäftigt.

Die einzige objektive Berichterstattung in den Printmedien fand sich schließlich außerhalb der deutschen Grenzen, und zwar in der französischen Illustrierten *Marianne*, mit 200 000 Auflage ein durchaus einflussreiches Blatt in unserem Nachbarland. Dort schrieb Edouard Husson, langjähriger Berater des früheren Innenministers Jean-Pierre Chevènement:

„Jürgen Elsässer, ein unabhängiger deutscher Journalist, der sich auf der Linken engagiert, war einer der entschiedensten Gegner der deutschen Politik im ehemaligen Jugoslawien (vgl. sein Buch *La RFA dans la guerre au Kosovo*, erschienen bei *L'Harmattan*). Gerade hat er eine *Volksinitiative* gegen das

---

2 Helmut Höge, „Linke müssen Überstunden machen“, *taz*, 12.01.2009

Finanzkapital gegründet. Der frankophile Jürgen Elsässer hat seit Ende der Neunzigerjahre aus der Nähe die Versuche der französischen Souveränisten verfolgt, Rechte und Linke im gemeinsamen Kampf gegen die ‚neue Weltordnung‘ zu vereinen. Die Französische Revolution ist sein Bezugspunkt, und er hat seit Jahren nie aufgehört, die Absage an den Nationalstaat zu denunzieren. Was er vorschlägt, ist eine Union ‚von Peter Gauweiler bis zu Oskar Lafontaine‘, also von der CSU, die sich eine soziale Ader bewahrt hat, bis zu *Die Linke*. Wenn man sich an die Unmöglichkeit erinnert, Philippe de Villiers und Jean-Pierre Chevènement während der Präsidentschaftswahl 2002 zur Zusammenarbeit zu bewegen, muss man sagen, dass Elsässer schon Mut hat. Er muss nicht nur die Schwierigkeiten überwinden, links und rechts zusammenzubringen, sondern er muss auch der Tatsache Rechnung tragen, dass ein republikanischer Nationalgedanke aus historischen Gründen nur schwach verwurzelt ist. Schon wird Elsässer auf der Linken durch die politisch-korrekten Ultralinken angegriffen, die die ‚rot-braune‘ Gefahr beschreiben, und es ist wohl wahr, dass die Geier der deutschen extremen Rechten darauf hoffen, bald den Kadaver einer Initiative verspeisen zu können, der von der Mehrheit der Linken getötet wurde. Ich denke, da ich Elsässer ein paar Mal getroffen habe, dass seine Nerven stark genug sind, um Fallen aller Art auszuweichen. Und dass seine Initiative mindestens intellektuelle Früchte tragen wird. In Frankreich müsste die *Fondation Res Publica* (Stiftung der Chevènement-Bewegung, Anm. J. E.) eigentlich einen Dialog mit ihm aufbauen. Die Linke muss zum Patriotismus zurückkehren – das ist es, was Europa braucht.“<sup>3</sup>

---

3 Edouard Husson, „Ma semaine allemande“, *Marianne*, 24.01.2009



## Eine verdeckte Operation

Bei nüchterner Betrachtung der Ereignisse rund um unsere Premierenveranstaltung kann man sich des Eindrucks, einer Geheimdienstoperation beigewohnt zu haben, nicht ganz erwehren. Wie können willige Helfer des internationalen Finanzkapitals verhindern, dass eine Bewegung entsteht, die sich gegen ihre Interessen richtet? Nichts leichter als das: Zuerst sorgt man über V-Leute bei der NPD dafür, dass sich diese bei der neuen Initiative anschleimt. Wenn der plumpe Annäherungsversuch zurückgewiesen wird, schickt man über V-Leute in der Antifa-Szene Schläger los, die die verdeckten NPD-Emissäre in der Veranstaltung herausfinden und blutend auf den Boden nageln. Erst die Antifa-Attacke produzierte den Augenschein, der später durch die Gazetten geisterte: *Volksinitiative* und Nazis – da gibt es einen Zusammenhang.

Tatsächlich hätten wir von der *Volksinitiative* sofort Platzverweise ausgesprochen, wenn uns Antifaschisten an jenem Abend auf die Anwesenheit von Nazis aufmerksam gemacht hätten. Aber keiner hat uns alarmiert. Stattdessen bestellte man das Rollkommando. Offenkundig ging es also nicht um „Nazis raus!“, sondern um die Erzeugung von Schlagzeilen, die der *Volksinitiative* schaden.

## Die nervöse Linke

Für mich persönlich hatte die Veranstaltung ebenfalls negative Folgen: Drei Tage danach kündigte das *Neue Deutschland*, für das ich seit knapp einem Jahr regelmäßig schrieb, meinen Mitarbeitervertrag. Es war wohl die erste politische Kündigung in dem einstigen SED-Zentralorgan seit der Wende 1989/90. Da ich in der Leserschaft recht bekannt war, musste die Chefetage



den Schritt – auch das eine Premiere – im Blatt begründen. Die kurze Erklärung vom 15. Januar 2009 lautete:

„In eigener Sache

*Neues Deutschland* hat den Autorenvertrag mit Jürgen Elsässer beendet. Hintergrund ist eine von ihm gegründete *Volksinitiative*, die zu einer ‚Volksfront‘ gegen das ‚anglo-amerikanische Finanzkapital‘ aufruft, der sich auch das ‚national bzw. alt-europäisch orientierte Kapital‘ anschließen möge. Dieses auf einen äußeren Feind orientierende Projekt hat nichts mit den tragenden redaktionellen Grundsätzen des ND zu tun. Wir unterstellen Elsässer nicht, ins rechte Lager übergewechselt zu sein, möchten aber nicht als Plattform für sein Vorhaben herhalten; auch nicht insofern, dass der Initiator eine ständige ND-Autorenschaft als Werbung für sein privates politisches Projekt einsetzt. Das ist geschehen.

ND bietet Raum für allerlei Ansichten und Meinungsstreit innerhalb der Linken – wir debattieren auch kontrovers mit Auffassungen, wie sie in dieser *Volksinitiative* zum Ausdruck kommen. Wir sind aber kein publizistisches Instrument für alte Irrtümer.

ND-Chefredaktion“

Eine freundliche ND-Kollegin erinnerte mich anlässlich des Rausschmisses an das Beispiel Tuchatschewski. „Dir geht es eben wie Tuchatschewski ...“, meinte sie. „Wie, Tuchatschewski, wer ist das?“, fragte ich, Schande über mich Unwissenden bringend. Sie klärte mich auf: Der sowjetische General hatte sich Mitte der Dreißigerjahre mit einer dringenden Eingabe an die oberste Armeeführung gewandt und zu einer schnellen Motorisierung der Truppe geraten, sonst werde man keine Chancen gegen den faschistischen Feind haben. Doch die anderen Generäle verlachten oder verdammten ihn und höhnten: „Wie sollen wir einen Krieg führen oder sogar gewinnen können – ohne Pferde?“ Tuchatschewski fiel ob seiner unkonven-

tionellen Vorschläge in Ungnade. Ein paar Jahre später besann sich Stalin eines Besseren und modernisierte die Rote Armee trotzdem – eine Verzögerung, die viele Menschenleben kostete. Tuchatschewski konnte sich seiner Rehabilitierung nicht sehr erfreuen, er fiel trotzdem den Großen Säuberungen des Jahres 1937 zum Opfer.

Die panischen Abgrenzungsversuche der Linken im Allgemeinen und des ND im Besonderen lassen sich wohl am ehesten als Ausdruck einer großen Nervosität und Verunsicherung erklären: Wir laufen jetzt in die größte Krise des Kapitalismus seit Ende der 20er-Jahre hinein, und trotzdem gewinnt die Linke nicht hinzu. Dieses Dilemma ist der Ausgangspunkt der *Volksinitiative*, die die Lähmung durchbrechen und die Linke wieder in die Offensive bringen will. Darauf wird dann geantwortet: „Wie sollen wir einen Krieg führen oder sogar gewinnen können – ohne Pferde?“, beziehungsweise: „hat nichts mit den tragenden redaktionellen Grundsätzen des ND zu tun“. Mit anderen Worten: Wenn die Ideologie nicht zur Realität passt – Pech für die Realität!

### Debatte um das „fiktive Kapital“

Neben undiskutablen Verleumdungen und Falschdarstellungen gab es aber auch einige kluge Kritiken des Ansatzes der *Volksinitiative*, mit denen eine nähere Beschäftigung lohnt.

Drei Ebenen von Einwänden lassen sich unterscheiden. Zum einen werden die ökonomischen Grundannahmen der *Volksinitiative* kritisiert. Zum Zweiten geht es um die Absage an den Klassenkampf, die uns unterstellt wird. Und last but not least wird uns vorgeworfen, auf ein Bündnis mit Rechtsradikalen – eine sogenannte Querfront – hinzuarbeiten.



Bei den ökonomischen Grundannahmen steht insbesondere die erste These der Grundsatzerklärung der *Volksinitiative* in der Kritik (vgl. S. 11). Dort wird die Wirtschaftskrise als „Angriff des internationalen Finanzkapitals auf den Rest der Welt“ interpretiert. Weiter heißt es: „Dabei kommen ‚finanzielle Massenvernichtungswaffen‘ zum Einsatz, die nicht nur aus der Realwirtschaft, sondern vor allem aus dem fiktiven Kapital des Spekulationskasinos munitioniert sind.“ Dagegen setzt die *Marxistische Initiative*: „Mit den sog. neuen Finanzprodukten gelang es für einige Jahre, den Anschein zu erwecken, als würde fiktives Kapital selbst neues fiktives Kapital hecken. Das ist eine Illusion. Jede Spekulationsblase – und sei sie noch so aufgebläht – bleibt mit der sog. Realwirtschaft verbunden.“<sup>4</sup>

Da statistisches Material zur Stützung unserer These schon in meinem eingangs dokumentierten Referat angeführt wurde (vgl. S. 21/22), kann ich mich an dieser Stelle auf Ausführungen von Sahra Wagenknecht beschränken. Die Wortführerin der *Kommunistischen Plattform* in der Linkspartei gilt als Gralshüterin des orthodoxen Marxismus, beweist in ihrem aktuellen Buch allerdings, dass dies kein Hinderungsgrund bei der Analyse der realen Welt sein muss.

Wagenknecht schreibt: „Woher kommen die unglaublichen Summen, die auf den Finanzmärkten bewegt werden? [...] Die Antwort auf die Frage, ob die Geldvermögen aus der realen Wirtschaft entstanden sind, lautet: ja und nein. [...] Die Finanzmärkte wurden und werden durch eine immer ungleichere Verteilung der realen Einkommen mit ständig neuem Geld versorgt. Die Konzentration der Einkommen in immer weniger Händen hat insofern zur rasanten Expansion der Finanzsphäre wesentlich beigetragen, reicht aber zu ihrer Erklä-

4 *Marxistische Initiative*, „Elsässers Initiative für eine neue Volksfront“, [www.marxismus-online.eu](http://www.marxismus-online.eu)



ung nicht aus. [...] Um mehr Klarheit in dieses unübersichtliche Terrain zu bringen, wollen wir im Folgenden zwischen zwei Arten von Finanzeinkommen unterscheiden: realen und fiktiven. Reale Finanzeinkommen beruhen auf der Umverteilung realer Wertschöpfung, also auf Werten, die außerhalb des Finanzsektors entstanden sind. [...] Im Gegensatz zu den realen liegen den fiktiven Finanzeinkommen keinerlei realwirtschaftliche Vorgänge zugrunde, sie entstehen vielmehr durch spekulative Finanztransaktionen oder reine Luftbuchungen.“<sup>5</sup>

### Wo Lenin veraltet ist

Weiterhin wird unsere Darstellung eines „wachsenden Widerspruch(s) zwischen Teilen des Industrie- und des Bankkapitals“ (so die dritte These aus der Grundsatzserklärung der *Volksinitiative*, in diesem Buch auf S. 11) angezweifelt. Zur Begründung schreibt etwa die Gruppe *internationale KommunistInnen*: „Die künstliche Trennung von produktivem und spekulativem Kapital führt in die falsche Richtung.“<sup>6</sup> Im Webportal *Marxismus Online* heißt es: „Elsässers These eines wachsenden Gegensatzes zwischen Industrie- und Finanzkapital ist schlicht falsch. Der Imperialismus bleibt gekennzeichnet von einer Verschmelzung des Finanzkapitals mit dem Industriekapital.“<sup>7</sup>

Diese Argumentation leitet sich aus den Theorien ab, die vor einem knappen Jahrhundert der Kommunist Wladimir Iljitsch Lenin in der Folge des Sozialdemokraten Rudolf Hilferding über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) entwickelt hat. Doch es gibt gute Gründe dafür, anzunehmen,

5 Wagenknecht, a. a. O., S. 127 ff.

6 <http://interkomm.so36.net/archiv/2009-01-15/2009-01-15.php>

7 *Marxistische Initiative*, „Elsässers Initiative für eine neue Volksfront“, [www.marxismus-online.eu](http://www.marxismus-online.eu)

dass die beiden in ihren Analysen bestimmte Erscheinungen unzulässig verallgemeinert haben. Einen interessanten Hinweis gibt Günter Reimann, der bis 1932 Wirtschaftsredakteur in der KPD-Zeitung *Rote Fahne* war und später in die USA emigrierte und dort ein bekannter Börsenfachmann wurde, also Erfahrungen auf beiden Seiten der Barrikade sammelte. Er schreibt: „Die marxistischen Konzepte von Hilferding, Lenin und Bucharin über Finanzkapitalismus und Imperialismus müssen revidiert werden [...]. Durch das genaue Kennenlernen der Realitäten des Finanzkapitalismus im Ergebnis von Studien in London, Paris, Washington und New York seit den dreißiger Jahren war ich mit den neuartigen Entwicklungen recht vertraut. Meine Untersuchungen der City of London machten offensichtlich, dass Hilferding [...] den Kapitalismus so beschrieb, wie er ihn zu Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland vorgefunden hatte, ohne den krassen Unterschied zur City of London wahrzunehmen und den späteren Wandel vorauszusehen. Die City-Banker in London waren kaum mit dem industriellen Kapital des eigenen Landes verbunden. Die von Hilferding beschriebene intime Verbindung der Großbanken, der ‚Finanzaristokratie‘, mit dem Industriekapitalismus war [...] im Hauptland des Finanzkapitalismus relativ unbedeutend.“<sup>8</sup>

Unabhängig von möglichen Fehlern bei der Beschreibung der Ökonomie vor dem Ersten Weltkrieg trifft die damalige Analyse jedenfalls auf die heutige Zeit nicht mehr zu. Der marxistische Ökonomiekritiker Robert Kurz schreibt zu Recht über die Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts: „Die Personalunion von Industriekapital und Bankkapital zum Finanzkapital, wie sie Hilferding beschrieben hat, wird abgelöst durch die Personalunion von nicht mehr industriell engagier-

---

8 Günter Reimann, *Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise*, Leipzig 1993, S. 113 f.

tem Bankkapital und Investmentfonds zu einem Finanzkapital anderer Ordnung und Qualität.“<sup>9</sup>

In Deutschland hat der von Hilferding beobachtete Stamopak relativ lange gehalten – in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre firmierte er übrigens unter dem Titel „Deutschland AG“. Diese löste sich erst durch die destruktiven Reformen der Schröder-Regierung auf. Zu Jahresbeginn 2002 strich sie die Steuer für die Veräußerung von Unternehmensanteilen ersatzlos – ein „Heuschreckenlockungsprogramm“ (Ulrich Maurer, Linkspartei). Die Folge schilderte im Herbst 2004 die *Wirtschaftswoche*: „Die von den Banken gesteuerte Deutschland AG gibt es nicht mehr. Banken haben ihre Industriebeteiligungen verkauft.“<sup>10</sup> Die Zulassung von Hedgefonds im Jahr 2004 war der nächste Schlag. Anglo-amerikanische Heuschrecken kauften sich massiv in Deutschland ein. Den übernommenen Firmen wurde die Leihsumme in ihre Bilanzen eingestellt – die Opfer bezahlten ihren Aufkauf also letztlich mit ihrem eigenen Kapital. Kein Wunder, dass so aus schwarzen Bilanzen nach der Übernahme tiefrote wurden – und vorher kerngesunde Firmen in den Bankrott getrieben wurden. Die Hedgefonds kümmerte das wenig – sie hatten ihren Schnitt bereits gemacht und verhökerten den ausgeweideten Industriekadaver dann an den nächsten Abdecker weiter. Buy it, strip it, flip it – kaufen, aussaugen, wegwerfen – ist ihre Devise.

Eine historische Epoche ist zu Ende gegangen: Das Finanzkapital war bis zum Ende des 19. Jahrhundert der Diener des Industriekapitals, beschaffte ihm das Kapital für Zukunftsinvestitionen. Mit dem Übergang zum Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Diener zum Herrscher, das Finanzkapital saß auf dem Gaul Industriekapital und gab ihm

9 Robert Kurz, *Das Weltkapital – Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems*, Berlin 2005

10 Zitiert nach Robert Kurz, a. a. O.

die Sporen in die von ihm gewünschte Richtung. Am Ende des 20. Jahrhunderts löste sich das Finanzkapital aus dieser Verbindung und tritt seither der geschundenen Mähre als Schlachter gegenüber.

So bildet sich eine Gesellschaftsformation neuen Typs heraus: Der traditionelle Kapitalismus war zwar eine Ausbeuterordnung, aber durchaus produktiv. Das neue System – nennen wir es hilfswiese: der Kannibalismus – ist eine unproduktive Fress- und Raubwirtschaft. Die riesigen Mengen an fikтивem Kapital (vgl. S. xy/xy), die aufgehäuft wurden, stammen nicht aus der realen Wertschöpfung, sondern sind im Computer generierte Besitztitelansprüche auf den Reichtum, den andere erschaffen haben. Die US-Armee steht bereit, notfalls als Gerichtsvollzieher diese erschwindelten Ansprüche einzutreiben.

## Zur Rolle des Klassenkampfes

Bernhard Schmid und Peter Nowak behaupten auf *infopartisan.net*, bei der *Volksinitiative* „wird ja gerade der Klassenkampf abgelehnt“. Weiter heißt es: „Dass der Klassenkampf ‚sektiererischer Unsinn‘ ist, haben die Gewerkschaften eigentlich immer dann gehört, wenn sie nicht sofort klein beigegeben haben [...]“<sup>11</sup> Dies bezieht sich auf ein kurzes Thesenpapier aus meiner Feder, das in Vorbereitung der ersten Veranstaltung der *Volksinitiative* per E-Mail verschickt worden war. Darin hatte aber lediglich der Satz gestanden: „Reduzierung auf Klassenkampf ist sektiererischer Unsinn.“ Noch mal zum Mitlesen: Nicht Klassenkampf ist sektiererischer Unsinn, sondern die Reduzierung darauf. Das ist keine Absage an den Klassenkampf, sondern nur die Absage an dessen Verabsolutierung.

---

11 [www.trend.infopartisan.net/trd0109/t490109.html](http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t490109.html)

Nehmen wir die historischen Volksfronten „gegen Faschismus und Krieg“ aus den Dreißigerjahren, auf die sich die neue Volksinitiative bezieht: Selbstverständlich ging beispielsweise während der *Front populaire* in Frankreich (1934 bis 1938) der Klassenkampf weiter, es wurde gestreikt usw. Aber auch die Kommunisten nahmen dabei Abstriche vor, indem sie, anders als vorher, auf revolutionäre Ziele verzichteten, also der Bourgeoisie eine Art Besitzstandsgarantie gaben – sofern diese sich am Abwehrkampf gegen den Faschismus und Nazi-Deutschland beteiligte.

Richtig scheint mir aber der Einwand (auf [911video.de](http://911video.de)): „Weshalb sollte das nationale Industriekapital ein Bündnis mit dieser *Volksinitiative* eingehen, die keine Massenbewegung ist?“ Eine Volksfront wird nur zustande kommen, sofern die Arbeiter zuerst aktiv werden. Die Kapitalisten neigen dazu, einen faulen Frieden mit dem Aggressor zu schließen, das galt in den Dreißigerjahren gegenüber Deutschland und gilt heute gegenüber dem internationalen Finanzkapital. Konkret: Wenn GM bankrott geht, wird *Opel* auch geschlossen werden – es sei denn, die Arbeiter in Rüsselsheim und Bochum besetzen ihre Betriebe. Sie werden den Kampf um den Erhalt ihrer Werke hierzulande aber vermutlich nicht gewinnen können, wenn sie gleich aufs sozialistische Ganze gehen und die Überführung der Betriebe „in Arbeiterhand“ fordern. Vermutlich werden sie den brutalen Machtkampf, den eine solche Aktion mit sich bringen wird, eher gewinnen können, wenn sie ganz schlicht die Abspaltung von GM und die Neu-Gründung der *Adam Opel GmbH* fordern, also einer Firma nach deutschem Recht mit sowohl privater wie staatlicher Kapitalbeteiligung – und einer „goldenen Aktie“ für Gewerkschaft und Betriebsrat. Manchen Linken ist das zu wenig radikal, zu viel „Klassenkompromiss“. Aber ich gebe zu bedenken: Wir Linken dürfen nicht immer nur recht haben – wir müssen auch mal Recht bekommen.



In unserer Grundsatzklärung haben wir diesen Gedanken anschaulicher formuliert, ohne den Begriff Klassenkampf weiter zu strapazieren. In These 7 heißt es: „Die *Volksinitiative* will zum Entstehen eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses beitragen, das neben den unteren Klassen auch die Mittelschichten umfassen sollte und darüber hinaus auch die Teile des Kapitals ansprechen will, die sich dem spekulativen Angriff des internationalen Finanzkapitals entgegenstellen.“ Dazu gab es keine öffentliche Kritik mehr. Vielleicht ist der Ansatz, ganz schnörkellos und ohne linkes Kauderwelsch formuliert, einfach zu einleuchtend?

### Pawlow'sche Reflexe

Zu guter Letzt wird auch von den konstruktiven Kritikern unterstellt, die *Volksinitiative* habe mit Kalkül oder aus Naivität nach rechts geblinkt. So schreiben zum Beispiel die bereits erwähnten Kritiker Bernhard Schmid und Peter Nowak: „Lieber Jürgen, Du bist nicht naiv und musst aus Deiner jahrzehntelangen politisch-publizistischen Tätigkeit heraus wissen, dass aus einer solchen Volksinitiative nur eine Querfront werden kann.“<sup>12</sup> Und das, obwohl alle Opponenten einräumen müssen, dass wir uns von Beginn an immer wieder gegen rechts abgegrenzt haben, etwa in unserer Gründungserklärung (vgl. S. 11) oder auf unserer Startveranstaltung (vgl. S. 15 ff.).

Bohrt man weiter, so wird auf bestimmte Begrifflichkeiten verwiesen, die man als Linker angeblich nicht verwenden darf. Ein gutes Beispiel ist die Invektive der Zeitschrift *Prager Frühling*, einer Strömung der Linkspartei um die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping, gegen „Elsässer & Co.“, weil wir Worte wie „Volksfront“ benutzten, die „mittlerweile von Nazis

---

12 Ebenda



positiv besetzt worden“ sind. Und weiter: „Gleiches gilt für die Idee einer *Volksinitiative* für Nationalisierung. Wir als Linke positionieren uns immer internationalistisch, manchmal antinational, aber nie national. Deshalb ist es auch nicht links, dazu aufzurufen, auf das ‚national bzw. alt-europäisch orientierte Kapital‘ zu setzen. Im Gegenteil: Die Linke ist gegen die Macht des Kapitals, egal, ob es amerikanisch, alt-europäisch oder deutsch ist.“<sup>13</sup>

Das ist aus verschiedenen Gründen selten dämlich. Erstens ist der Begriff „Nationalisierung“ seit jeher lediglich ein Synonym für „Verstaatlichung“. Er trägt dem Umstand Rechnung, dass eine Verstaatlichung nur von einem Staat vollzogen werden kann, und Staaten gibt es heutzutage nur als Nationalstaaten. Die EU oder die UNO sind nicht Staat, können also auch nicht verstaatlichen. Es ist der Irrsinn der Political Correctness, Begriffe nicht aus inhaltlichen Gründen abzulehnen, sondern weil sie bei manchen Leuten Pawlow'sche Reflexe auslösen: Alle Wortzusammensetzungen mit „Volk“ und „Nation“ sind also verboten, von der Volksinitiative über die Volkshochschule bis hin zur Nationalmannschaft.

Von einer Gruppierung unter dem Label *Prager Frühling* ist die Polemik gegen die Verteidiger des Nationalstaates besonders kurios. Was Alexander Dubček und die Seinen sich 1968 aufs Papier geschrieben hatten, war nämlich die Verteidigung des tschechoslowakischen Nationalstaates gegen das, was als sowjetisch-imperiale Einmischung empfunden wurde. Die Demonstrationen in Prag 1968 waren ein Meer tschechoslowakischer Flaggen. Wollen unsere libertären Sozialisten den ideologischen Schulterchluss mit der SED vollziehen und behaupten, das sei eine rechte Bewegung gewesen?

---

13 [www.prager-fruehling-magazin.de/topic/6.redaktionsblog.html](http://www.prager-fruehling-magazin.de/topic/6.redaktionsblog.html)

Weiterhin wird Anstoß daran genommen, dass wir anfänglich den Terminus „anglo-amerikanisches Finanzkapital“ benutzt haben. Ich gebe gerne zu, dass damit vermutlich falsche Signale ausgesendet wurden: Rechte könnten sich dadurch angezogen gefühlt haben, da sie sich an entsprechende Kampfbegriffe in der NS-Presse erinnert fühlten – während ich bei Abfassung eher an meine ältere Leserschaft im *Neuen Deutschland* dachte, die mit solchen Formulierungen durch DDR-Medien vertraut gemacht worden war. Jedenfalls habe ich bereits bei der ersten Veranstaltung der *Volksinitiative* den Begriff zur Vermeidung rassistischer und antisemitischer Missdeutungen aus dem Verkehr gezogen (vgl. die Passage im Typoskript, in diesem Buch auf S. 24).

Typisch übrigens, dass sich die *IG Metall* mit ähnlichen Vorwürfen wie die *Volksinitiative* herumschlagen muss. Als im Mai 2005 ihre Mitgliederzeitschrift mit dem Schwerpunkt „Die Aussauger“ aufmachte und dazu ein Titelbild zeigte, auf dem ein Insekt mit Stars-and-Stripes-Zylinder und langem Rüssel im Anflug ist, heulten die Freunde der Kritisierten auf. FDP-Chef Guido Westerwelle protestierte: „Wir Liberale sind gegen jede Form der Ausländerfeindlichkeit.“ Hans-Olaf Henkel, Ex-Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI), fühlte sich „an die Propaganda im Dritten Reich erinnert“. Michael Wolffsohn, Historiker an der Bundeswehrhochschule, assistierte: „60 Jahre ‚danach‘ werden heute wieder Menschen mit Tieren gleichgesetzt [...]. Heute nennt man diese ‚Plage‘ ‚Heuschrecken‘, damals ‚Ratten‘ oder ‚Judenschweine‘.“ Die ganze Aufregung hatte mit Inhalten nichts zu tun: Nirgends hatte die *IG Metall* Juden erwähnt und auch nicht Synonyme wie Zionisten oder „amerikanische Ostküste“ verwendet. Die antisemitische Assoziationskette lief offensichtlich nicht im Hirn der Gegner, sondern der Verteidiger der Heuschrecken ab: ganz wie im Irrenhaus, wo der Patient in den unscharfen Kartoffeldrucken des Rohrschachtests kopu-

lierende Paare sieht und den Psychiater empört fragt, warum er ihm so schweinische Bildchen zeige.

Zum Vorwurf des Antiamerikanismus schrieb Werner Rügemer, Autor des inkriminierten Artikels: „Und es ist ein simples Faktum, dass die Finanzinvestoren ihre Methoden in den USA entwickelt haben. Hier fanden sie mit den Deregulierungen seit Ronald Reagan das beste Betätigungsfeld, ebenso für Hedgefonds [...] und die großflächige Privatisierung des Staates. Nirgendwo sonst sind mit Unterstützung des Staates aggressivere Methoden der Selbstbereicherung der Elite, changierend ins Kriminelle, entwickelt worden.“<sup>14</sup>

Die Aufklärung über dieses simple Faktum soll offensichtlich mit allen Mitteln der Verleumdung und Manipulation verhindert werden. Aber keine Sorge, die *Volksinitiative* wird sich nicht einschüchtern lassen.

---

14 Werner Rügemer, „Gebt uns Tünche, und wir sind erbötig“, *Freitag*, 10.06.2005, [www.freitag.de/2005/23/05230401.php](http://www.freitag.de/2005/23/05230401.php)

Jochen Scholz

## PNEC – Project for the New European Century<sup>1</sup>

Projekt für das neue europäische Jahrhundert  
– eine geostrategische Skizze

### Vorbemerkung

Als Staat Interessen zu haben, gilt in der deutschen Bevölkerung vielfach noch immer als unanständig, obwohl durchaus gesehen wird, dass Deutschland Objekt der Interessenlage anderer ist. Vielleicht liegt hier der Grund für in unserem Land besonders enthusiastisch geführte Menschenrechts- und Burka-Befreiungsdebatten. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 und der bis 1990 eingeschränkten Souveränität ist verständlich, dass die Westbindung und -unterordnung während des Systemkonflikts mit seinem spezifischen sicherheitspolitischen Kontext wenig Raum ließ, eigene Interessen zu formulieren und politisch zu verfolgen. Der ökonomische Riese Bundesrepublik Deutschland wählte den Weg einer bis heute andauernden Überidentifikation mit der Vormacht des Westens unter dem Rubrum „transatlantische Wertegemeinschaft“.

Der überschaubare geopolitische Zustand während des Kalten Krieges hat sich grundlegend geändert. Die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Wegfall der strategischen

---

1 Dieser Text ist die überarbeitete und stark gekürzte Fassung eines Papiers an den BDI und mehrere deutsche Großunternehmen. Die englischen Zitate wurden von der Redaktion der Schweizer Wochenzeitung *Zeit-Fragen* übersetzt.

Balance dramatisch veränderten Rahmenbedingungen, der europäische Einigungsprozess, die fortschreitende wirtschaftliche und kommunikative Globalisierung und die sich herausbildenden neuen Kraftzentren beeinflussen die internationalen Beziehungen in einer neuen Qualität. US-Unternehmen haben sich darauf zum Teil besser eingestellt, weil ihnen die Politik die Wege ebnet, gegebenenfalls mit Brachialgewalt. Die deutsche und die europäische Politik und Wirtschaft verharren dagegen in einem Zustand des Reagierens und halten an einer überkommenen transatlantischen Interessenidentität fest, anstatt sich offensiv mit der Blaupause für die Nationale Sicherheitsstrategie der USA auseinanderzusetzen, deren Ursprünge auf die Wendezeit zurückgehen: „Der Neuaufbau der amerikanischen Verteidigungskräfte“ („Rebuilding America’s Defenses“)<sup>2</sup>, herausgegeben vom *Project for the New American Century* (PNAC), dem in der Amtszeit von Präsident George W. Bush einflussreichsten Think Tank der Neokonservativen unter Führung von Paul Wolfowitz, der grauen Eminenz im Pentagon unter George W. Bush.

## Zwei Herausforderungen

Die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten ist mit zwei Herausforderungen konfrontiert, die ihre Handlungsspielräume einrahmen: die militärische Suprematie der USA nach dem Kollaps der Sowjetunion und die mithilfe des Dollarsystems und der notfalls militärischen Kontrolle<sup>3</sup> der Energieströme

---

2 *The Project for the New American Century* (PNAC), „Rebuilding America’s Defenses“, September 2000, von Paul Wolfowitz (Hrsg.), [www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf](http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf)

3 Vgl. William F. Engdahl, „Wird Asien den Dollar aufgeben?“, [www.engdahl.oilgeopolitics.net/print/ASEAN%20&%20Dollar-System.htm](http://www.engdahl.oilgeopolitics.net/print/ASEAN%20&%20Dollar-System.htm)

auf ein bestimmtes Segment der größten Volkswirtschaft hin optimierte Weltwirtschaftsordnung.

Zwischen beiden besteht eine fruchtbare Wechselbeziehung. Sie sind die tragenden Säulen der neuen Weltordnung. Die oben erwähnte Studie „Rebuilding America’s Defenses“<sup>4</sup> fordert, dass die Vereinigten Staaten jeder denkbaren Staaten-Koalition deutlich überlegen sein müssen. Ausdrücklich wird dies auf das Militärische in allen Dimensionen und die Wirtschaft bezogen. Die klein zu haltenden potenziellen Konkurrenten werden benannt. Unter ihnen befinden sich die EU und China. Die ursprünglich rein militärische Zielvorstellung einer „Full Spectrum Dominance“ der USA ist heute auf alle Bereiche der internationalen Beziehungen und den Weltraum erweitert worden.

Das Dokument atmet die ahistorische Vorstellung, die USA könnten ihre hegemoniale Stellung nicht nur auf Dauer behaupten, sondern sie auch gegen andere Kraftzentren mit einer zum Teil dynamischen Entwicklung ausbauen. Dass die bestehende Völkerrechtsordnung auf diesem Weg ein zu beseitigendes Hindernis ist und multilaterale Ansätze in den internationalen Beziehungen zur Bewältigung von Problemen und Konflikten nur dann Mittel der Wahl sind, wenn sie der amerikanischen Interessenlage dienen, ist die logische Konsequenz.

Dies wird auch ganz offen ausgesprochen, wie die Themen einer Konferenz von Ende April 2000 für hochrangige osteuropäische Regierungsvertreter in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zeigen. Sie wurde vom State Department und der *New Atlantic Initiative*<sup>5</sup> ausgerichtet, die ein Projekt des republikanischen außenpolitischen Instituts *American Enterprise Institute* ist. Als einziger deutscher Politiker war der CDU-Ab-

---

4 [www.newamericancentury.org/](http://www.newamericancentury.org/)

5 [www.aei.org/research/projectID.11/project.asp](http://www.aei.org/research/projectID.11/project.asp)

geordnete Willy Wimmer<sup>6</sup> eingeladen. Er ist Mitglied des *Auswärtigen Ausschusses* des Deutschen Bundestages und war von 1987 bis 1992 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Das Ergebnis der Konferenz hat er in einem Brief an den damaligen Bundeskanzler zusammengefasst. Wimmers Bewertung des Vorgetragenen:

„Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine ähnliche Entwicklung den *Völkerbund* traf, war der Zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.“<sup>7</sup>

Ein Blick auf den US-Verteidigungshaushalt, wie er euphemistisch genannt wird, ist selbsterklärend. Er beläuft sich für das Fiskaljahr 2008 auf 500 Milliarden Dollar plus 200 Milliarden für die Kriege im Irak und in Afghanistan. (Zum Vergleich: Der deutsche Militärhaushalt beträgt 2008 29,3 Milliarden Euro, umgerechnet 43,3 Milliarden Dollar). Diese Höhe der amerikanischen Verteidigungsausgaben lässt sich mit keiner einzigen real bestehenden Bedrohung rechtfertigen. Er dient nur einem Ziel: Dem Austragen geo-ökonomischer Konkurrenz um knapper werdende Rohstoffe und umkämpfte Absatzmärkte mit militärischen Mitteln.

Dazu eine Zitate-Sammlung aus dem Wolfowitz-Papier:

„Derzeit sehen sich die Vereinigten Staaten mit keinem globalen Rivalen konfrontiert. Amerikas große Strategie sollte

---

6 Willy Wimmer kandidiert nicht mehr für den 17. Deutschen Bundestag.

7 Vgl. Faksimile Seite 7 und 8 in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2000, [www.nato-tribunal.de/blaetter\\_wimmer.pdf](http://www.nato-tribunal.de/blaetter_wimmer.pdf)

darauf ausgerichtet sein, diese vorteilhafte Position für die Zukunft so lange wie möglich zu erhalten und auszuweiten. Es gibt allerdings potenziell mächtige Staaten, die mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden sind und sie gerne ändern möchten, wenn sie können. Die USA müssen moderne Industrienationen davon abhalten, unsere Führung infrage zu stellen oder auch nur eine größere regionale oder gar globale Rolle anstreben zu wollen.“<sup>8</sup>

Dass zur Durchsetzung dieser Ziele auch über Mittel nachgedacht wird, die menschenverachtend und rassistisch sind, zeigt die Überlegung am Schluss des Dokuments, wo ein Ausblick auf künftige Entwicklungen gegeben wird. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Wolfowitz ab 2001 Stellvertreter der Verteidigungsminister war und zu den Autoren des Papiers auch Robert Kagan (*Carnegie Endowment for International Peace*) und William Kristol (*The Weekly Standard*) gehören:

„Und hoch entwickelte Formen der biologischen Kriegsführung, die spezifische Genotypen anvisieren können, könnten die biologische Kriegsführung aus dem Bereich des Terrors zu einem politisch brauchbaren Werkzeug machen.“ Ein solches Denken braucht historische Vergleiche mit der jüngsten Vergangenheit nicht zu scheuen.

## Überparteiliche US-Interessenslage

Ein – zwangsläufig grober – Blick auf Rahmenbedingungen, Mechanismen und Instrumente der neuen Weltordnung sowie die Antwort auf die Frage „Cui bono?“ verdeutlicht die Kontinuität der US-Interessenslage jenseits der Parteienkonkurrenz zwischen Demokraten und Republikanern:

---

8 Vgl. Anmerkung 1

- Die Gestaltung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage des Rechts des Stärkeren, nachdem das geostrategische Gegengewicht weggefallen ist. Die USA – einst treibende Kraft hinter der bestehenden Völkerrechtsordnung – betrachten die *Vereinten Nationen* heute als Hindernis.
- Die Vorherrschaft der monetären Denkschule und der Prinzipien des „Washington Consensus“<sup>9</sup> in der Ökonomie. Beide entstanden nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum. Sie sind tief im anglo-amerikanischen Gesellschaftsmodell verankert, das dem europäischen diametral entgegengesetzt ist. Gleichwohl werden sie dogmatisch nur nach außen praktiziert, während die US-Finanz- und Wirtschaftspolitik durchaus pragmatisch ist.
- Dominanz in den relevanten internationalen Gremien *Weltbank*, IWF, G 7/8 und der WTO sowie der NATO unter dem Motto „America first“.
- Erhaltung der historisch einmaligen Stellung des Dollars als Weltleitwährung: Zentralbanken benötigen ihn gegen Währungskrisen, Staaten zur Exportstützung und zum Import von Öl und Industriegütern, Schwellen- und Entwicklungsländer zum Bedienen der Schulden bei IWF und den sog. Clubs von Paris und London<sup>10</sup>. Alle wichtigen Güter werden im Welthandel in US-Dollar fakturiert.
- Seit dem Ende des Goldstandards und der durch die schockartige Erhöhung des Ölpreises in den 1970er-Jahren um

9 Freihandel, Liberalisierung, Deregulierung, Subventionsabbau, Privatisierung, Zahlungsfähigkeit für Schuldendienst; vgl. dazu [www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html](http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html)

10 Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser\\_Club](http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Club) sowie [http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner\\_Club](http://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Club)

mehrere Hundert Prozent rasant gestiegenen Dollarnachfrage gibt es praktisch keinen Einfluss der Anleger mehr auf die US-Notenpresse.<sup>11</sup>

- Seit mehr als zwei Jahrzehnten betreiben die USA fast durchgängig eine bewusste defizitäre Handels- und Haushaltspolitik. Obwohl der Dollar inflationär ist, wird er nach wie vor als Zahlungsmittel und auf dem Welt-Kapitalmarkt akzeptiert. Die Hauptgründe: Furcht vor dem Kollaps, fehlender Mut zu Alternativen und die bisher erfolgreiche Botschaft, dass die Sicherheit vor den Bedrohungen der Welt nur von Amerika garantiert werden kann. Dort, wo dieser Glaube bröckelt, wird Instabilität erzeugt, die Abtrünnige auf den Pfad der Tugend zurückführt<sup>12</sup>.
- Das Dollarsystem zwingt zu exportorientierten Ökonomien, die den über WTO, IWF und *Weltbank* gesetzten Bedingungen nolens volens ausgesetzt sind. Darunter leiden besonders Schwellen- und Entwicklungsländer, die am Tropf des IWF hängen. Dessen Bedingungen sorgen dafür, dass die Gewinne aus dem Außenhandel der binnenwirtschaftlichen Entwicklung zugunsten des Schuldendienstes entzogen werden. Exportorientierte hoch produktive Volkswirtschaften, wie die deutsche, geraten unter den Konkurrenzdruck einer Globalisierung, deren Standards jenseits des Atlantiks gesetzt werden. Der Druck wird nach innen weitergegeben. Das Ergebnis ist an den Folgen der von Bundeskanzler Schröder durchgepeitschten sogenannten „Agenda 2010“ zu sehen.

---

11 Vgl. William F. Engdahl, *Mit der Ölwanne zur Weltmacht*, Kopp-Verlag, Rottenburg am Neckar, 2007, und [www.engdahl.oilgeopolitics.net/Auf\\_Deutsch/Olwaffe/olwaffe.html](http://www.engdahl.oilgeopolitics.net/Auf_Deutsch/Olwaffe/olwaffe.html)

12 Vgl. Jürgen Elsässer, *Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan*, Kai Homilius Verlag, Berlin 2008



Amerika kann sich ein exorbitantes Leistungsbilanzdefizit von über 800 Milliarden Dollar, ein Haushaltsdefizit in gleicher Höhe<sup>13</sup> und eine Gesamtverschuldung von rund 11,5 Billionen<sup>14</sup> gegenüber der Welt leisten. Der Rest der Welt finanziert das Defizit, solange die Zentralbanken die Exportgewinne in vermeintlich sicheren US-Staatsanleihen anlegen. Die *ASEAN+3*-Staaten reinvestieren hier 80 Prozent ihrer Handelsüberschüsse und halten circa 90 Prozent aller Dollarreserven. Chinas Devisenreserven von aktuell 1,8 Billionen Dollar bestehen zu einem Drittel aus US-Staatspapieren.

Vereinfachend: Setzt man das Defizit in Bezug zum Militärbudget von 500 Milliarden Dollar, finanzieren die Rivalen die amerikanische Fähigkeit zur Machtprojektion im Sinne des Wolfowitz-Papiers – und legen noch ein Trinkgeld oben drauf.

Die Hauptgewinner dieses Systems sind Big Oil und das dazugehörige Finanzkonglomerat sowie der militärisch-industrielle Komplex. Zu den Verlierern gehören nicht nur weite Teile der Welt, sondern auch große Bereiche der US-Industrie, die inzwischen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind.

## Peak Oil

Jetzt und mittelfristig sind Erdöl und Erdgas als Bedingung von Wirtschaft, und damit von Entwicklung, Stärke und Einfluss, nicht zu ersetzen. Vor dem Hintergrund der erklärten „grand strategy“ der USA ist es daher mehr als auffällig, dass ein entscheidendes Thema bisher überwiegend hinter

---

13 Mit den Ankündigungen von President-elect Obama und den von der Bush-Regierung bisher getroffenen Maßnahmen gegen die Finanzkrise wird sich das Haushaltsdefizit auf über zwei Billionen Dollar erhöhen.

14 Stand: 14.11.2008



verschlossenen Türen diskutiert wird, aber nicht Gegenstand einer (welt-)öffentlichen Debatte ist, wie das beispielsweise bei der Klimafrage der Fall ist: „Peak Oil“<sup>15</sup>.

Die entscheidende Frage, so namhafte Ölgeologen<sup>16</sup>, ist folgende: Wann ist der Zeitpunkt erreicht, zu dem die weltweit höchste Förderkapazität ihren Höhepunkt erreicht hat und dann kontinuierlich und unwiderruflich sinkt? Der Hintergrund: Wenn 50 Prozent eines Ölfeldes ausgebeutet sind, steigen technischer und Energieaufwand für die Ausbeutung des Restes exponentiell an. Präzise Voraussagen, wann dieser Zeitpunkt erreicht sein wird, lassen sich naturgemäß nicht machen. Die Fachleute verorten ihn zwischen 2010 und 2020. Gleichzeitig steigt jedoch die weltweite Nachfrage aus den Schwellenländern. China ist nach den USA mit rund 20 Prozent der Weltfördermenge heute der zweitgrößte Ölimporteur.

„The Cheney National Energy Report“ vom April 2001<sup>17</sup> in Verbindung mit den Prognosen der Geologen und der „grand strategy“ des PNAC-Dokumentes liefert stichhaltigere Erklärungen für die amerikanische Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik und die militärischen Interventionen der vergangenen Jahre als unsere transatlantischen White-House-Astrologen in Politik und Medien.

15 Vgl. ASPO Deutschland, <http://energiekrise.de/> sowie [www.peakoil.net](http://www.peakoil.net)

16 „Submission to the Cabinet Office on Energy Policy“ by *The Oil Depletion Analysis Centre*, 9. September 2001, [www.cabinet-office.gov.uk](http://www.cabinet-office.gov.uk); Simmons, Matthew, Ansprache vor der *Association for the Study of Peak Oil*, 27. Mai 2003, *French Petroleum Institute* (IFP), [www.fromthewilderness.com](http://www.fromthewilderness.com); Campbell, Colin, „Forecasting Global Oil Supply 2000-2050“, *M. King Hubbert Centre for Petroleum Supply Studies, Colorado School of Mines*, Juli 2002; vgl. auch: *Princeton University Geology Department, Universität Uppsala, Douglas-Westwood Ltd., Petroconsultants Schweiz*

17 Erstellt auf der Grundlage der Studie „Strategic Energy Policy: Challenges for the 21st Century“, *James Baker Institute for Public Policy und Council on Foreign Relations*, Houston, April 2001, [www.rice.edu](http://www.rice.edu)

Der damalige US-Vizepräsident Dick Cheney warf die Frage auf, woher die jenseits von 2010 weltweit benötigten zusätzlichen 50 Millionen Barrel täglich<sup>18</sup> kommen sollten, wenn ausländische Regierungen und deren nationale (!) Ölgesellschaften 90 Prozent der Ölfelder kontrollierten. Zur Größenordnung: Der prognostizierte Zusatzbedarf machte 1999 fast zwei Drittel der Weltfördermenge aus. Cheney sah also die nationale Verfügungsgewalt als eines der Hauptprobleme an. Deswegen begann die Ausarbeitung militärischer Optionen für einen Regimewechsel im Irak bereits acht Monate vor dem 11. September 2001.<sup>19</sup> Cheney im April 2001: „Während viele Regionen der Welt großartige Gelegenheiten für Öl zu bieten haben, ist es der Nahe Osten, mit zwei Dritteln der Weltölreserven und den geringsten Förderkosten, wo letztlich der Hauptgewinn liegt. Betrachten wir es simpel: Der wichtigste Unterschied zwischen Nordkorea und dem Irak liegt darin, dass wir wirtschaftlich gesehen im Irak gar keine Wahl hatten. Das Land schwimmt auf einem Meer von Öl.“<sup>20</sup>

## Eine andere Welt

Als Initiator, Träger und Katalysator einer geopolitischen Alternative käme primär nur Europa in Frage, weil es wirtschaftlich stark genug ist, sein Einigungsprozess vergleichsweise weit fortgeschritten ist und seine Kultur des Interessenausgleichs,

---

18 Die neuesten Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur gab im November 2008 deren Chefvolkswirt bekannt: „Es braucht bis 2030 vier neue Saudi-Arabiens“, *Süddeutsche Zeitung*, 12.11.2008

19 Vgl. Paul O'Neill, erster Finanzminister unter George W. Bush in *Middle East Realities*, 10. Januar 2004, [www.MiddleEast.org](http://www.MiddleEast.org)

20 Zitiert nach *Studien von Zeitfragen* Jahrbuch 2004, [www.jahrbuch2004.studien-von-zeitfragen.net/Zeitfragen/Cheney\\_on\\_Oil/cheney\\_on\\_oil.html#Prize](http://www.jahrbuch2004.studien-von-zeitfragen.net/Zeitfragen/Cheney_on_Oil/cheney_on_oil.html#Prize); vgl. auch: „Wolfowitz: The Iraq War was about Oil“, *The Guardian*, 4. Juni 2003 in einem Bericht über eine Sicherheitskonferenz in Singapur, [www.commondreams.org/headlines03/0604-10.htm](http://www.commondreams.org/headlines03/0604-10.htm)

der Rechtsstaatlichkeit und der diplomatischen Konfliktregelung – bislang noch – weltweit Anerkennung findet. Zur Realisierung ist es allein jedoch nicht stark genug. Die USA werden ohne Not nicht bereit sein, sich auf einen multilateralen Ansatz einzulassen, solange sie vom Ist-Zustand den Rahm abschöpfen können, ihre Position der Stärke weit überschätzen und ihnen die Unkosten zum großen Teil vom Rest der Welt erstattet werden. Andererseits können die anstehenden Probleme nicht ohne Amerika gelöst werden. Folglich muss Europa Verbündete finden, um die Vereinigten Staaten zur Einsicht zu bringen. Für eine Gegenstrategie fehlen nicht primär die Instrumente, sondern der nüchterne Blick auf die jeweilige Interessenlage, Mut, die Fähigkeit zwischen Fakten und Bluff zu unterscheiden und der Wille, zu agieren anstatt zu reagieren.

Anstatt die eigene Interessenlage nüchtern zu analysieren, wird jedoch in Europa, besonders in Deutschland, in einer Mischung aus Dankbarkeit, Pietät und Respekt an eine längst nicht mehr existierende transatlantische Interessenidentität geglaubt. Die Realität sieht jedoch so aus: Mitte Januar 2004 schob Alan Greenspan in seiner Berliner Rede den Europäern ungerührt den Schwarzen Peter für die Dollarschwäche zu und empfahl als Mittel gegen einen US-Finanzkollaps die Umwandlung der nationalen Rentenkassen in private Fonds, die ihre Gelder dann in den USA anlegen würden.

Wie könnten die Eckpfeiler eines „Projekts für das europäische 21. Jahrhundert“ aussehen, das außerhalb der USA konsensfähig ist, weil es keine hegemonialen Ambitionen hat? Ein Projekt, das darauf abzielt, die wirtschaftliche Entwicklung wieder mit Priorität nach innen zu richten, anstatt den Weltmarkt weiterhin als Arena für ökonomische Killertruppen<sup>21</sup> zu nutzen? Den Vorschlägen liegt das seriös nicht zu widerlegende si-

21 Vgl. „Confessions of an Economic Hitman“, [www.lewrockwell.com/wanniski/wanniski53.html](http://www.lewrockwell.com/wanniski/wanniski53.html)

cherheitspolitische Analyseergebnis zugrunde, dass Europa auf absehbare Zeit militärisch nicht bedroht und somit auf amerikanische Sicherheitsgarantien nicht (mehr) angewiesen ist:

- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Asien, Lateinamerika und Afrika
- Ermutigung zu und Hilfestellung bei Schaffung einer asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nach europäischem Vorbild
- Unterstützung der *ASEAN+3*-Gruppe<sup>22</sup> bei den hierzu bereits angelaufenen rudimentären Ansätzen
- Unterstützung der *Unasur/Mercosur*<sup>23</sup> im lateinamerikanischen Einigungsprozess
- Strategischer Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation zwischen EU, Asien, Russland, Lateinamerika und Afrika
- Änderung der Maastrichtkriterien<sup>24</sup> mit dem Ziel, die europäische Infrastruktur auszubauen und über Osteuropa hinaus neue Marktarterien zu schaffen
- Änderung der monetären Philosophie und Funktion der EZB, die bisher als Diener der vom Dollar beherrschten Finanzplätze New York und London fungiert
- Bruch mit der Ideologie, die Volkswirtschaften auf Handelsüberschüsse auszurichten, die ein vor dem Kollaps stehendes Dollarsystem<sup>25</sup> füttern und nach innen die Kohäsion der Gesellschaften sprengen
- Bruch mit der Ideologie des freien Welthandels, der die Starken gegen die Schwachen ausspielt<sup>26</sup>

---

22 Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/ASEAN\\_Plus\\_Three](http://de.wikipedia.org/wiki/ASEAN_Plus_Three)

23 Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Union\\_S%C3%BCdamerikanischer\\_Nationen](http://de.wikipedia.org/wiki/Union_S%C3%BCdamerikanischer_Nationen) sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/Mercosur>

24 Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>

25 Vgl. Anmerkung 5

26 Vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation – Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, engl. Original 1944, dt. bei *Subkamp* 1978, Taschenbuch Wissenschaft 260, [www.grundrisse.net/buchbesprechungen/karl\\_polanyi.htm](http://www.grundrisse.net/buchbesprechungen/karl_polanyi.htm); John Gray, *Die*

- Initiative der EU-Regierungen für ein neues „Bretton Woods“ zur Reorganisation des Weltfinanzsystems, das auf ökonomische Entwicklung ausgerichtet ist
- Etablierung einer Alternative zur Leitwährung Dollar und Ermutigung asiatischer Zentralbanken zur Diversifizierung ihrer Währungsreserven<sup>27</sup>
- Kappung der Bindungen in der jetzigen Form zu IWF und Weltbank
- Stärkung der – bislang auf Druck Washingtons verhinderten – Rolle der *Asian Development Bank*<sup>28</sup> für die Finanzierung regionaler Wirtschaftsstrukturen
- Sprengung des Petrodollar-Kartells durch Aufbau privilegierter Beziehungen zu Öllieferstaaten einschließlich Russlands
- Änderung parasitärer Strukturen der europäischen Politik, wie im Agrarsektor und den Verhandlungspositionen in der Doha-Runde<sup>29</sup> der WTO
- Verlegung des Schwerpunktes der Finanzpolitik hin zu Investitionen
- Koordinierung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausschließlich im Rahmen der EU
- Verzicht der EU auf den Status und die Fähigkeiten einer globalen Militärmacht
- Strikt defensive Ausrichtung der Streitkräfte sowie Ausbau der Fähigkeiten zur Stabilisierung von Krisengebieten bei Vorliegen eindeutiger Mandate von UNO oder OSZE
- Initiative der EU zur Einrichtung einer *UN Standing Peacekeeping Force*<sup>30</sup>

---

*falsche Verheißung*, Alexander Fest Verlag, Berlin 1999, Buchkritik: [www.inkultura-online.de/gray.htm](http://www.inkultura-online.de/gray.htm)

27 Vgl. auch „China paper urges new currency order after ‚financial tsunami‘“, [www.reuters.com/article/ousiv/idUSPEK4365020080917?sp=true](http://www.reuters.com/article/ousiv/idUSPEK4365020080917?sp=true)

28 [www.adb.org/](http://www.adb.org/)

29 Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Doha-Runde>

30 Vgl. <http://en.wikipedia.org/wiki/Peacekeeping>

- Organisation einer „Konferenz für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung für den Nahen/Mittleren Osten“ analog zur KSZE<sup>31</sup> der 1970er-Jahre unter Einbeziehung aller Akteure
- Krisenprävention durch Primat von Diplomatie und Wirtschaft in den Außenbeziehungen auf der Basis von Interessenausgleich und Gegenseitigkeit
- Strikte Bindung an das Recht<sup>32</sup>
- Initiative der EU zur Stärkung und Reform der UNO
- Initiative zur Bekämpfung des Terrorismus ausschließlich mit allen zivilen Mitteln der Strafverfolgung im Rahmen der *Vereinten Nationen*<sup>33</sup>

## Rolle Chinas

Die USA sind auf den Erhalt der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung angewiesen. Nur sie garantiert die ökonomischen Ressourcen zum Unterhalt des gigantischen US-Militärapparats, der für ihre Rolle als Supermacht, neben dem Dollar, unverzichtbar ist. Noch ist China ein willkommener, weil unverzichtbarer Abnehmer amerikanischer Staatspapiere. Auf diese Rolle wird es sich aber auf Dauer nicht reduzieren lassen. Die Energiefrage im Kontext einer China in den letzten Jahren wesentlich näher gerückten US-Militärpräsenz birgt reichlichen Sprengstoff. Für viele Dollaranleger stellt sich zudem die Frage: Wie lange sollen sich die Gläubiger noch vom Schuldner nötigen lassen, Handelsüberschüsse gegen inflatio-

31 <http://de.wikipedia.org/wiki/KSZE>

32 Zum Beispiel verzichtet die Europäische Sicherheitsstrategie auf eine eindeutige Festlegung, militärisch ausschließlich auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu handeln., [vgl.www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf)

33 Vgl. die Studie der RAND Corporation vom Juli 2008 „How Terrorist Groups end“, [www.rand.org/pubs/research\\_briefs/RB9351/index1.html](http://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB9351/index1.html)

näres Papiergeld einzutauschen und damit ein gegebenfalls gerichtetes Drohpotenzial zu finanzieren?


Wenn Europa den Versuch nicht wagt, an den Stellschrauben der Weltpolitik zum Vorteil aller Akteure zu drehen, wird es an der Seite der Imperialmacht auch künftig mitziehen müssen in die Globalisierungskriege der Zukunft – unter der Flagge „War on Terrorism“. Von Israel bis Nordirland, von Afghanistan<sup>34</sup> bis Indonesien und zu den Philippinen ist hingegen klar geworden, dass militärische Mittel als Repressionsinstrument ungeeignet sind. Das liegt in der Natur der Asymmetrie. Alle bisherigen Erfolge bei der Festnahme führender Köpfe von Terrorgruppen sind das Ergebnis einer geduldigen, zähen Arbeit von Polizei und Geheimdiensten im multinationalen Verbund. Wer hier auf militärische Mittel setzt, erntet den neuen „Hundertjährigen Krieg“<sup>35</sup>, von dem der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey spricht, um die Vasallen aus der westlichen Wertegemeinschaft in die Disziplin zu zwingen.

Statt weiterhin den altersschwachen Motor der Weltwirtschaft mit den eigenen Überschüssen zu subventionieren, sollte die hoch produktive europäische Wirtschaft selbst zum Motor zu werden. Die US-Drohung, die Exporte über den Dollar in die Zange zu nehmen, wird als Bluff entlarvt, wenn sich die EU, China, Russland und Japan zusammen mit weiteren asiatischen und lateinamerikanischen Ländern über eine Weltleitwährung verständigen, die von einer nationalen Kontrolle unabhängig ist. Denn ohne deren Anlagen ist das amerikanische Defizit nicht mehr zu finanzieren. China hat den Diversifizierungsprozess bereits eingeleitet, weil der relative Wert

---



34 Die Zahl der Anschläge und Gefechte gegen die ISAF-Truppen hat sich von 2005 bis 2008 von monatlich 20 auf wöchentlich 250 erhöht (Stand Mitte August 2008, eigenes Archiv)

35 Vgl. [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/druessel.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/druessel.html)



seiner Dollarrücklagen stetig zurückgeht. In der *ASEAN+3*-Gruppe wird intensiv über die Ausgabe von Staatsanleihen in regionalen Währungen und die Vergrößerung des asiatischen Nothilfefonds nachgedacht. Das ist Sprengstoff für das Dollarsystem. Eine solche Entwicklung bedarf daher der konzeptionellen und institutionellen Steuerung. Wird sie sich selbst überlassen, droht tatsächlich das Chaos, das US-Notenbankchef Alan Greenspan et alii immer wieder virtuos als Disziplinierungsinstrument bemühten.

Die Atlantiker auf beiden Seiten warnen bei diesem Thema stets vor amerikanischem Isolationismus. Auch das ist Bluff, weil die geostrategischen Gründe für die USA dies nicht zulassen. Isolationismus wäre das Ende der Weltmachtrolle Amerikas, weil die mit hohem Aufwand gesicherte und ihm im Prinzip freundlich gesinnte Gegenküste Europa unverzichtbar ist. Die US-Eliten wissen das. Zu Hasenfüßigkeit gibt es folglich auch hier keinen Grund. Wer sich allerdings ins Boxhorn jagen lässt, hat beim Pokern schlechte Karten.





Jürgen Elsässer

## Brecht die Diktatur der politisch Korrekten!

Warum ich meine Teilnahme an der  
*Linken Medienakademie* absage

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über Ihr Interesse an der Lesung aus meinem Buch *Terrorziel Europa*.

Leider muss ich Sie gleich zu Anfang enttäuschen. Die Lesung wird nicht stattfinden. Auch meinen für morgen geplanten Workshop werde ich nicht durchführen. Ich sage hiermit meine Beteiligung an der *Linken Medienakademie* ab, will Ihnen als meinem Publikum aber wenigsten kurz erläutern, warum ich das tun musste.

Der Veranstalter hat sich mir gegenüber unverschämt benommen. Vor zwei Tagen fand ich per Zufall im Netz eine Erklärung der *Linken Medienakademie* zum sogenannten „Streitfall Elsässer“, in dem öffentlich angekündigt wurde, man werde bei jedem falschen Wort von mir die heutige Lesung abrechnen und man werde mich in Zukunft nie mehr einladen. Es wäre schon ein starkes Stück gewesen, wenn mir das von den Veranstaltern privatim erklärt worden wäre. Aber die Frechheiten wurden gleich ins Netz gestellt, ohne mich auch nur zu informieren. Das ist eine Unhöflichkeit gegenüber einem eingeladenen Referenten, die mir in 30 Jahren noch nie passiert ist. Ich habe es weder politisch noch finanziell nötig, mir ein solches Verhalten bieten zu lassen.






Im Hintergrund des Mobbing gegen mich steht natürlich der Druck, der von den politisch Korrekten wegen der von mir mitgegründeten *Volksinitiative* ausgeübt worden ist und der schon zu meiner Kündigung durch das ND geführt hat. Innerhalb der Linkspartei waren das vor allem der *Arbeitskreis Shalom*, ein Zusammenschluss hartgesottener Freunde der israelischen Kriegspolitik, und die Zeitschrift *Prager Frühling*, also der karrierebewusste Teil der drogenkonsumierenden Parteijugend. Sie versuchen, mich als rechts zu denunzieren, indem sie den positiven Bezug auf Volksfront oder die Verteidigung des Nationalstaates gegen das internationale Finanzkapital als faschistisch darstellen, obwohl beides zu den besten Traditionen der kommunistischen Bewegung gehört.



Das Mobbing der politisch Korrekten gegen mich ist im Übrigen kein Einzelfall. Erinnert sei an den Fall Hermann Dierkes, OB-Kandidat der *Linken* in Duisburg, der vor zwei Wochen zum Rückzug von allen politischen Ämtern gezwungen wurde, nur weil er es gewagt hatte, wegen der Kriegsverbrechen in Gaza einen Boykott gegen Israel zu fordern. Eine Querfront von CDU bis hin zur Linkspartei-Spitze, namentlich Petra Pau, spielte so lange verrückt, bis der verdiente Antifaschist Dierkes zurückziehen musste. Umgekehrt durfte der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer auf einer Kundgebung zur Unterstützung des israelischen Terrorkrieges in Gaza sprechen, ohne dass er innerparteilich mit Sanktionen rechnen muss. Die große Mehrheit der Partei denkt zwar anders als die Zionistenfreunde, ließ sich aber von diesen moralisch erpressen und ging für die Bombardierten im Getto von Gaza nicht auf die Straße. Eine Schande!

Um es deutlich zu sagen: Die politisch Korrekten sind mittlerweile die größte Bedrohung für Demokratie und Meinungsfreiheit in diesem Land. Sie sorgen für Zensur, weit effektiver als das selige *Ministerium für Staatssicherheit*. Der *Springerverlag*





hat seinen Journalisten jede USA- und Israelkritik explizit verboten, fast alle anderen Medien wenden diese Vorschrift als ungeschriebenes Gesetz an. Der Arm dieser Tugendwächter reicht bis in die Redaktionen linker Zeitungen. Alles, was dem internationalen Finanzkapital und seinen Weltkriegsvorbereitungen gefährlich werden kann, wird unter Faschismusverdacht gestellt und zensiert: Israelkritik ist angeblich von Anfang an antisemitisch, mittlerweile ist auch Kritik an den USA antisemitisch, Kritik an der Börsenspekulation ist antisemitisch, der positive Bezug auf Volk und Nationalstaat soll strukturell antisemitisch sein. Eva Herman ist wie Eva Braun, und Christa Müller ist wie Eva Herman. Die Sowjetunion und die DDR waren antisemitisch, und selbstverständlich ist es Chávez nicht weniger als Ahmadinejad. Alles Antisemiten außer Mutti, krakeelt die politisch korrekte Meute. Die Political Correctness ist die Ideologie der neuen Weltordnung. Klemperer analysierte die Sprache des Dritten Reiches, die LTI, die Lingua Tertii Imperii. Heute muss die Sprache des Vierten Reiches analysiert und bekämpft werden, die Lingua Quarti Imperii, die Sprache des anglo-amerikanischen Imperiums. Wer sich nicht an sie hält, wird heute zensiert und verliert seinen Job, und bei Zuspitzung der Krise des Imperiums wird er eingesperrt werden. Die Bewegung der politisch Korrekten, die den Antifaschismus großsprecherisch plakatiert, lügnerisch plakatiert, frech missbraucht – sie hat ihrerseits das Potential zu einem neuen Faschismus.



Marx sei Dank gibt es eine Gegenströmung. Im Internet gibt es Hunderte, Tausende Blogs, die sich der politischen Korrektheit nicht unterordnen und offen dagegen opponieren. Nur ein Bruchteil davon ist rechtsradikal. Die übergroße Mehrheit wird gemacht von ganz normalen Bürgern. Schon bald werden die Blogs ergänzt werden durch Internet-Fernsehkanäle. Das sind die progressiven Medien der Zukunft – und nicht die linken, die selbst die Sklavenideologie und Sklavensprache weiterverbreiten.



Unsere *Volksinitiative* organisiert den Bruch mit der Political Correctness, den Widerstand gegen das internationale Finanzkapital und seine Kriegsbrandstifter in Washington, London und Jerusalem. Deshalb gehört uns die Zukunft. Wir werden das verschüttete Erbe der Linken wieder freilegen.

In diesem Sinne: Vorwärts mit der *Volksinitiative*! Avanti popolo!

(Die *Linke Medienakademie* fand vom 5. bis 8. März 2009 unter Beteiligung der größeren Printmedien *Neues Deutschland*, *taz*, *Freitag* und *junge Welt* statt. Nach Veranstalterangaben nahmen etwa 700 Interessierte teil. Jürgen Elsässer war als Leiter eines Workshops vorgesehen und sollte außerdem sein Buch *Terrorziel Europa* vorstellen.)





Jürgen Elsässer

## Die Demo auf der Titanic nützt nichts


Zu den linken Widerstandsaktionen gegen die  
Wirtschaftskrise – Rede im *Russischen Haus* zu Berlin,  
7. April 2009

Meine sehr geehrten Damen und Herren,


dieses Land und seine Menschen, also auch wir hier, sind in außergewöhnlicher Gefahr. Die Gefahr besteht vor allem darin, dass vernünftige Lösungsvorschläge für die schlimmste Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren unterdrückt und nicht öffentlich diskutiert werden können. Die Medien mauern, die Parteien mauern. Deswegen freut es mich sehr, dass wir hier zu Gast bei Freunden sind – im *Russischen Haus*. Hier herrscht Demokratie, hier herrscht Meinungsfreiheit, hier kann gesagt werden, was nötig ist. Spassiba Rossija!

Dieses Land ist in außergewöhnlicher Gefahr, und dass anderen Ländern noch größere Gefahr droht, macht die Sache nicht besser. 2009 werde das Jahr der schlechten Nachrichten werden, hatte die Kanzlerin vorab angekündigt, und entsprechend ging es gleich dramatisch los. Im Januar brach der deutsche Export, wohin die Hälfte unserer Wertschöpfung geht, um 21 Prozent ein. Im Februar stürzte der Auftragseingang im deutschen Maschinenbau, dem Herzstück unserer Industrie, um 50 Prozent ab. Im März gab es, erstmals in den Nachkriegszeit, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat. In den Großbetrieben sind bereits jetzt 60 Prozent der Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Das *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel hat in der letzten






Ausgabe der *Welt am Sonntag* vorgerechnet, dass über elf Millionen deutscher Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden können, anders als bisher auch die Arbeitsplätze von Hochqualifizierten. In der *Bild am Sonntag* konnte man, ebenfalls am letzten Wochenende, lesen, dass die EU-Kommission zur Vermeidung von Diskriminierung von Deutschland verlangt, den Hartz-IV-Bezieher und Asylbewerber gleich zu stellen. In diese Richtung geht es. Natürlich wird das nicht bedeuten, dass Flüchtlinge künftig 345 Euro im Monat bekommen, sondern umgekehrt, dass künftig Arbeitslose wie Flüchtlinge mit Lebensmittelgutscheinen abgespeist werden. Das Finanzkapital hat etwas in petto für Deutschland – flächendeckende Deindustrialisierung und ein Hungerleiderprogramm für die Arbeitslosen.



Allerdings hat das noch kaum jemand gemerkt. Die Laune ist besser als die Lage. Das hat zwei Gründe: Zum einen haben wir bisher nur einen drastischen Anstieg der Kurzarbeit, nicht der Arbeitslosigkeit. Doch das ist nur eine Frage der Zeit. Zum anderen gibt es die Abwrackprämie. Eine Million Anträge wurden gestellt. Die Menschen kommen nicht auf Demos, sondern rennen in die Autohäuser. Berlusconi darf sich bei Frau Merkel bedanken – die Abwrackprämie bescherte *Fiat* ein Absatzplus in Deutschland von 200 Prozent. *Mercedes*, *BMW* und *Audi* hatten nichts davon, haben ein Minus zu beklagen. Vor allem: Das Ganze ist Strohfeuer. Die Autos, die im Frühjahr 2009 gekauft werden, werden im Frühjahr 2010 nicht mehr gekauft. Im Grunde geht es um eine Wahlkampfhilfe für die Parteien der Großen Koalition: Man will den Absturz Deutschlands bis nach der Bundestagswahl hinausschieben. Glauben die Politiker, dass die Leute so blöd sind und das nicht merken? Was diesem Land wirklich helfen würde, ist nicht das Abwracken von Autos, sondern das Abwracken der Parteien, die diese ganze wirtschaftliche Misere angerührt haben!



Leider ist zu befürchten, dass die Linke im Allgemeinen und die Linkspartei im Besonderen von diesem Abwracken der etablierten Parteien nicht profitieren werden. Die Umfragewerte für die Linkspartei sind auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. Und die Widerstandsaktionen, die in den letzten zehn Tagen gegen die Wirtschaftskrise und den NATO-Gipfel stattgefunden haben, sind kläglich gescheitert. Wenn wir heute Abend über „Was tun?“ diskutieren, muss zunächst das „Was-Nicht-Tun“ klargestellt werden: So, wie die Linke bei den Protesten an den letzten zwei Wochenenden agiert hat, wird es nichts werden. Man wird die Bürgerinnen und Bürger nicht nur nicht erreichen, schlimmer noch, man wird sie verprellen.

Lassen Sie mich eine Allegorie für die aktuelle Lage bemühen: Die *Titanic* ist auf den Eisberg aufgefahren, das eisige Wasser der Arktis strömt in die Lecks, die ersten Schotten sind gebrochen. Da sammeln sich die Linken auf dem Riesendampfer und machen an Deck eine Mordsdemo: „Wir werden nicht für euch ersaufen!“ An dieses Szenario erinnerten die Aufrufe für die Demonstrationen am 28. März in Berlin und Frankfurt, veranstaltet von einem breiten linken Bündnis mit Unterstützung einiger Gewerkschaftssektoren. Die Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist natürlich voll korrekt, aber – wie die persiflierte von der *Titanic* – auch reichlich hilflos. Denn natürlich wollen die Passagiere wissen, wie man das macht. Können die Lecks noch abgedichtet werden? Wie? Kann man Wasser rauspumpen? Wo sind die Rettungsboote? Wie organisiert man das Umsteigen?

Diese Fragen wurden in den Protestaufrufen nicht beantwortet, und das Resultat war entsprechend. Am 28. März demonstrierten hier in Berlin nach Polizeiangaben 15 000 Menschen, nach Veranstalterangaben waren es 30 000. Aber egal, wie man zählt, es waren erheblich weniger als im Oktober 2004, als ein ähnliches Bündnis zum Protest gegen die Hartz-IV-

Gesetze aufgerufen hatte. Damals waren es in Berlin 45 000. Das heißt, dass die Linken in diesem Frühjahr die Menschen weniger zum Mitdemonstrieren animieren konnten als vor fünf Jahren, obwohl die wirtschaftliche Lage heute weitaus schlimmer ist als damals mit Hartz IV. Woran liegt das? Es liegt daran, dass die Linken an den Leuten vorbeireden. Die Flugblätter und Aufrufe zur Demo vor zwei Wochen waren ein müder Aufguss aller früheren Aufrufe. Statt das Epocale der aktuellen Krise herauszuarbeiten, wurde heruntergeratscht, dass der Kapitalismus eben so sei, und dann wurden die Forderungskataloge heruntergeleiert, die man eben immer herunterleiert, vom Klimaschutz über die Atomkraftwerke bis zu den offenen Grenzen.

Noch schlimmer war es bei den Anti-NATO-Protesten Anfang April. Der Besuch war kläglich, am Freitag 600 statt der erwarteten 5 000 in Baden-Baden. Wohlgermerkt bei bundesweiter Mobilisierung. Am Samstag 16 000 in Strasbourg und noch einmal ein paar Tausend auf der deutschen Rheinseite. Also noch weniger als bei den Antikrisendemos am 28. März. Das liegt auch an den noch schlechteren Slogans. „Make NATO history!“, „No to NATO“, „Make capitalism history!“, „Communism reloaded!“ Wieviel Denglisch darfs denn sein, meine Damen und Herren Autonomen? Und wen wollt ihr damit ansprechen? Arbeiter? Hartz-IV-Empfänger? Einwanderer aus der Türkei und anderen islamischen Ländern? Die werden sich bedanken, wenn ihr sie in der Sprache des Imperiums, das ein moslemisches Land nach dem anderen überfällt, anspricht. Sänk you for trävelling wis deutsche Antifa – sooo läuft das nicht!

Aber es geht nicht nur um das Denglisch, sondern es geht vor allem um den Inhalt der Aufrufe. Großartig wird getönt, NATO abschaffen, Kapitalismus abschaffen, und von *attac* kommt „Eine andere Welt ist möglich!“ Aber wer ist denn der



Adressat dieser Forderungen? Nehmen wir den Aufruf zu den Antikrisendemos am 28. März. Da wird ja auch viel Richtiges gefordert: Kasino schließen, Hedgefonds verbieten, außerbilanzielle Banktöchter verbieten. Aber wer ist denn der Adressat dieser Forderungen? Soll das die UNO machen, die EU, die G8 oder die G20? Oder will *attac* mit den Schlauchbooten von *Greenpeace* auf die britischen Kanalinseln fahren und dort die Computer der außerbilanziellen Banktöchter zerstören? Diese sinnvollen Forderungen kann doch nur, muss doch der Nationalstaat umsetzen! Das ist das, was die *Volksinitiative* immer wieder postuliert hat und weswegen wir von einigen Verrückten als Nationalisten madig gemacht wurden. Aber es geht nicht um Nationalismus, sondern um Nothilfe zum Schutz unser aller. Wer soll uns Bürger denn schützen, wenn nicht der Staat, für den wir Steuern zahlen! Deutschland muss, wenn G8 und G20 nicht dazu in der Lage sind, einseitig Hedgefonds verbieten! Der deutsche Staat muss Manager, die mit außerbilanziellen Spekulationspapieren handeln, ebenso in den Knast stecken wie Leute, die mit Kinderpornografie handeln. Von Russland kann man lernen, wie ein Nationalstaat, ganz auf die eigene Kraft und die eigenen Gesetze gestützt, den Spekulations- und Oligarchensumpf in den Griff bekommt. Putin hat die Raubtierkapitalisten, die Jelzin gefüttert hat, gebändigt. Die deutsche Regierung und die deutsche Justiz sollten Herrn Ackermann wissen lassen: Bei Chodorkowski in Sibirien sind noch Zellen frei – und auch in Stammheim!

Da die radikalen Forderungen der letzten zwei Wochen keinen Adressaten hatten, muss man sich nicht wundern, dass bei einigen Demonstranten die frei flottierende und ungezielte Radikalität in blinde Gewalt umschlug. Die Bilder aus Strasbourg waren entsetzlich. Einige Dutzend Vermummte haben es geschafft, die berechtigte Kritik an der NATO zu delegitimieren. Es ist schon richtig, dass die Gewalttaten unmöglich waren ohne das Mittun von Geheimdienstspitzeln. Die NATO-Ge-



heimdienste wollten genau solche Bilder haben. Aber dennoch tragen auch die Demonstranten Schuld daran. Die Organisatoren der Demonstration haben ein politisches Milieu geschaffen, und das war schon bei den Protesten in Heiligendamm 2007 so, wo sich Gewalttäter und Provokateure wohlfühlen können. Die *junge Welt* etwa hat nach den Krawallen in Rostock vor dem G8-Gipfel 2007 die Krawallanten verteidigt, und *attac*-Gründer Peter Wahl, der den kriminellen Unsinn kritisiert hat, wurde aus den eigenen Reihen heraus angegriffen. Ich fordere Linkspartei und *attac* auf, künftig einen ganz klaren Trennungsstrich zu den Gewalttätern zu ziehen! Vom Schwarzen Block müsst Ihr Euch genauso scharf und unmissverständlich und notfalls mittels eigener Ordner abgrenzen wie von Nazis! Wer Autos anzündet, ist kein Linker! Wer Tankstellen und Touristeninformationen anzündet, ist kein Linker! Wer Polizisten, die wie wir alle unter den Krisenfolgen leiden und am 28. März mit den Linken demonstriert haben, bei nächster Gelegenheit mit Steinen und Mollis bewirft, ist kein Linker! Die Linke muss deutlich machen, dass sie dieses Land nicht ins Chaos stürzen und in Brand setzen, sondern im Gegenteil gegen das Chaos und gegen die Brandstifter von den Finanzmärkten verteidigen will. Die Linke muss zeigen, dass sie selbst der beste Verfassungsschutz ist!


### Was tun?

Für mich war bei den linken Demonstrationen des 28. März „Wir zahlen nicht für eure Krise“ das Bestürzendste, dass *Opel* nicht erwähnt wurde. Kein Wort im Aufruf zu *Opel*, kein Redner kam vom *Opel*-Betriebsrat. Das ist nicht nur zynisch gegenüber den Opelanern, die existenziell bedroht sind. Das ist auch dumm. Denn bei der Autoindustrie handelt es sich um eine Schlüsseltechnologie. Die Industrieroboter in Rüsselsheim, Bochum und Eisenach gehören zum Feinsten, was auf diesem

Planeten zu finden ist. Sie können PKWs auf Benzinbasis produzieren, aber sie können auch Elektro- oder Solarfahrzeuge produzieren, sie können statt PKWs auch Lastkraftwagen oder Züge oder Boote produzieren. Was ich damit sagen will: *Opel* ist mehr als Auto. *Opel* ist ein industrielles Herzstück dieses Landes und dieses Kontinents, eine Allokation von Hardware und Software, von Technik und qualifizierter Arbeitskraft. All das wäre verloren, wenn der Staat *Opel* pleite gehen ließe.



Das versteht jeder in diesem Land. Aber trotzdem gibt es Streit um die *Opel*-Rettung. Die einen wollen Staatshilfe, die anderen wollen Verstaatlichung, wieder andere wollen Staatsbürgerschaft, ganz radikale die Vergesellschaftung. Während man sich in Deutschland streitet, verrinnt die Zeit. Ende Mai fällt der Hammer für *General Motors*. In diesen sechzig Tagen entscheidet sich das Schicksal von *Opel*. Wir in Deutschland dürfen uns jetzt nicht über Verstaatlichung versus Bürgerschaft und Ähnliches zerstreiten, sondern müssen das Minimum durchsetzen, was auf der Hand liegt: *Opel* muss von *General Motors* abgespalten werden. Die Bundesregierung muss durch einen einseitigen Rechtsakt die deutschen Standorte aus dem US-Konzern herauslösen und in eine AG nach deutschem Recht umwandeln. Dafür wollen wir von der *Volksinitiative* Druck machen, und wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, das sogenannte Standortrettungsgesetz oder *Opel*-Gesetz, das wir über ein Petitionsverfahren in den Bundestag einbringen wollen. Eine solche Petition kann leider erst dann öffentlich gezeichnet werden, wenn die Bundestagsverwaltung zustimmt. Nun liegt unser Petitionsentwurf seit Ende Februar den Entscheidern im Reichstag vor, und es tut sich – nichts! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

(Anmerkung 1: Unsere Petition wurde Anfang Mai 2009 von der Bundestagsverwaltung aufgrund einer Empfehlung des Bundeswirtschaftsministeriums nicht zur Zeichnung zuge-



lassen. Ende Mai 2009 verkündete die Bundesregierung die Rettung von *Opel*, es soll eine neue Gesellschaft mit Beteiligung eines österreichischen und russischen Partners gegründet werden. Mit der von der *Volksinitiative* verlangten Abspaltung von *General Motors* hat das freilich nichts zu tun. Erstens wird GM auch an der neuen Gesellschaft beteiligt sein. Zweitens hat GM nicht rechtsgültig auf Ansprüche an *Opel* verzichtet, weswegen die Gläubiger des insolventen US-Mutterkonzerns sich an *Opel* schadlos halten und jeden Neuanfang kaputt klagen können.)

(Anmerkung 2: Der obige Text ist das Manuskript meines Beitrages für die Veranstaltung im *Russischen Haus*. Die tatsächlich gehaltene Rede wich stark davon ab, da ich auf die anderen Podiumsteilnehmer eingehen musste. Einen Mitschnitt der Rede kann man sich unter [www.youtube.com/watch?v=qBw7ZDnE8Mk](http://www.youtube.com/watch?v=qBw7ZDnE8Mk) ansehen.)



Peter Brandt, Peter Wahl, Klaus Höpcke

## Blick von außen

Peter Brandt

### Eine interessante Initiative

Als Franz Müntefering im Mai 2005 das Wort von den „Heuschrecken“ des Finanzmarkts, womit er vor allem die sogenannten Hedgefonds bezeichnete, in die Debatte warf, hielten das viele Beobachter für reine Demagogie. In der Tat war nicht zu leugnen, dass die von Müntefering mitgetragene, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung seit 1998 selbst dazu beigetragen hatte, den „Heuschrecken“ ihr Geschäft und generell dem internationalen Finanzkapital sein destruktives Wirken zu erleichtern. Man kann aber das viel zitierte Schimpfwort auch als einen Ausdruck des allgemeinen Erschreckens und der Empörung darüber lesen, wohin die als unvermeidlich aufgefasste Anpassung der Regierung Schröder (im Gefolge von Tony Blairs *New Labour*) an die neoliberale Welle der westlichen Politik und an den dadurch als hegemoniale Struktur erst ermöglichten Finanzmarkt-Kapitalismus geführt hatte und noch zu führen drohte. Ungefähr gleichzeitig mit Münteferings kalkuliertem Ausfall begann sich die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte, die gerade in Deutschland jahrelang vom Dogma der Alternativlosigkeit liberalistischer „Reformen“ bestimmt gewesen war, wieder zu öffnen und zu beleben. Obwohl die mit den Stichworten „Globalisierung“, „Deregulierung“, „Privatisierung“ angedeutete Entwicklung weiterging (und -geht), hatte die neoliberale Bewusstseinsrevolution ihren Höhepunkt überschritten.



Die *Volksinitiative* versucht, aus allen im Bundestag vertretenen Parteien und aus der Gesellschaft Kräfte zu sammeln, die das in Deutschland (wie im – namentlich – westlichen Europa) durch die Zähmung des Kapitalismus in Gestalt der „sozialen Marktwirtschaft“ erreichte zivilisatorische Niveau gegen die Machenschaften eines vagabundierenden, in hohem Maße spekulativen Finanzkapitals verteidigen wollen: den im internationalen Maßstab immer noch relativen Wohlstand, den Sozialstaat, die Demokratie und die ebenso bedrohte Kultur. Um dieses Anliegen voranzubringen, wendet sich die Initiative von den Usancen einer Protestkultur ab, die in ihren Formen und teilweise auch Inhalten meist unfähig gewesen ist, die breiten Schichten des Volkes, die Millionen normaler Menschen, Lohnabhängige und kleine Selbstständige, zu erreichen, und deren Teilnehmer sich vielfach auch ganz wohl dabei gefühlt haben, im eigenen Saft zu schmoren.

Ein Vorhaben wie die *Volksinitiative* gegen das Finanzkapital, das – unter Akzeptierung verschiedener weltanschaulicher, politischer und sozialer Standorte der Beteiligten – nach der Schnittmenge aufbauender Kräfte sucht, die in der spezifisch deutschen (bzw. spezifisch europäischen) Variante demokratischer Staatlichkeit und des entsprechenden Modells koordinierter Marktwirtschaft enthalten ist und daher quer zu den üblichen Schaukämpfen um häufig Zweit- und Drittrangiges liegt, setzt sich fast zwangsläufig in den verschiedenen parteipolitischen Formationen bzw. ideologischen Strömungen allen möglichen Verdächtigungen aus. Neben tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten und dem echten Missverstehen, z. B. weil nicht genau hingeschaut wird, gibt es stets auch das Missverstehen-Wollen.

Ich erinnere mich gut an die erste Hälfte der 1980er-Jahre, als ich mich zusammen mit anderen, auch auf der DDR-Seite, so Robert Havemann, bemühte, innerhalb der großen Protest-



bewegung gegen die Raketenstationierung (NATO-„Nachrüstung“) das Bewusstsein für die Problematik der deutschen Teilung und ihren Zusammenhang mit der Blockkonfrontation neu zu wecken – in den Bewegungen der 1950er-Jahre gegen die Remilitarisierung und die Atomrüstung war diese sachliche Verknüpfung stets präsent gewesen. Auch nach 1980 war die Sympathie für eine Wiederbelebung der Diskussion über die nationale Frage angesichts der Gefahr, dass die Ost-West-Entspannung in einen neuen Kalten Krieg (oder sogar, wie befürchtet, heißen Krieg) umschlagen könnte, deutlich weiter verbreitet, als es die ziemlich einhellige Abwehrfront der Politik und Publizistik (einschließlich des linken Spektrums) vermuten ließ. Ironischerweise trug gerade die politisch unbewegliche Haltung der Kreml-Oberen und ihrer Anhänger zu Beginn der 1980er-Jahre dazu bei, dass der gesellschaftliche Umbruch im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa sowie die Veränderung der Sicherheitsarchitektur des Kontinents 1989-91 dermaßen asymmetrisch verliefen und als „Sieg des Westens“ erscheinen.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Stoßrichtung der *Volksinitiative* gegen die EU. Gewiss hat die *Europäische Union* bzw. *Gemeinschaft* in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten den Prozess der Entgrenzung des Marktkapitalismus, namentlich des Finanzkapitalismus, aktiv vorangetrieben und fungiert insofern u. a. als ein Transmissionsriemen der „Globalisierung“ statt, wie immer wieder zu Recht verlangt, als deren Einhegungs- und Gestaltungsmacht. Es ist auch richtig, darauf zu verweisen, dass die Nationalstaaten bei entsprechendem politischem Willen weitaus stärker regulierend eingreifen könnten, als sie das faktisch tun. Doch um wie viel effektiver wäre ein Politikwechsel der EU-Institutionen im Zusammenwirken mit den Mitgliedsstaaten in Richtung auf weltweite Regulierung der Ökonomie und Eindämmung der globalen Hegemonie der USA? Die EU ist schon heute mehr

als ein um eine Freihandelszone ergänzter Bund souveräner Staaten, und dieser Befund ist nicht zu beklagen, sondern ein Staatenverbund sui generis zwischen staatenbündischer Konföderation und bundesstaatlicher Föderation. Es kommt darauf an, die Kompetenzen zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene so abzugrenzen, dass die Demokratie bewahrt bzw. neu befestigt wird. Ungeachtet der unter verfassungs- und gesellschaftspolitischen Kriterien vielfach berechtigten Kritik halte ich den Lissabonner Vertrag für einen Schritt in die richtige Richtung. Sein Inkrafttreten böte meines Erachtens vermehrten Handlungsspielraum (gewiss keinerlei Garantie) für einen dringend gebotenen Neuansatz in der europäischen Einigung. In meiner Sicht stehen die *Europäische Union* und die europäischen Nationalstaaten, die als Bausteine auch eines noch engeren Verbundes für lange Zeit ebenso überdauern werden wie die Nationen als primäre Bewusstseins- und Gefühlsgemeinschaften, im Grunde vor derselben Richtungsentscheidung.


Peter Wahl

## Der Nationalstaat hat das notwendige Instrumentarium

Von mir stammte ursprünglich die Idee, Jürgen Elsässer zum Kapitalismuskongress von *attac* im März 2009 als Referenten einzuladen. Der Grund, warum ich das getan habe, ist ein inhaltlicher: Die Position, die ich im Folgenden thesenhaft verkürzt formuliere, hat Elsässer als einer der Ersten im deutschen Debattenzusammenhang formuliert.


Die gegenwärtige Krise beleuchtet geradezu wie mit einem Scheinwerfer grell und deutlich einen Tatbestand, der in den vergangenen Jahren in der Globalisierungsdebatte zu verschwinden schien, nämlich die Tatsache, dass der Nationalstaat nicht nur weiterhin die dominante Form der Vergesellschaftung ist, sondern dass in der Krise der Nationalstaat der einzige institutionelle Rahmen ist, in dem das Instrumentarium bereit liegt – wie begrenzt, wie beschränkt, wie unvollständig auch immer – um diese Krise wenigstens in Ansätzen zu bearbeiten. Im Gegensatz dazu haben die multilateralen Institutionen IWF, *Weltbank*, etc., aber auch die EU, im Management dieser Krise bisher kaum eine Rolle gespielt.

Der Hintergrund dafür ist keineswegs, dass die Funktionseliten eine Sehnsucht nach Nationalismus, nach Patriotismus oder ähnlichen Konstruktionen kollektiver Identitäten hätten, sondern schlicht und einfach die Tatsache, dass der Nationalstaat, bis heute, der einzige Rahmen ist, der Institutionen, Instrumentarien und die rechtlichen Voraussetzungen dafür bietet, eine Krise solch historischen Ausmaßes überhaupt zu bearbeiten.




Das ist die Feststellung einer simplen Tatsache und keinerlei normative Aussage. Es ist keine Aussage darüber, ob man den Nationalstaat gut oder schlecht findet, ob man für seine Überwindung oder seine Beibehaltung ist, sondern das ist ein empirisches Faktum. Und ich glaube auch, dass die Funktionseliten in dieser außergewöhnlichen historischen Situation genau aus diesem Grund auf den Nationalstaat zurückgegriffen haben.

Daraus folgt jetzt als politisch-strategische Grundüberlegung für emanzipatorische Politik, dass man Spielräume, die sich auf dieser nationalstaatlichen Ebene noch eröffnen – zur Bewältigung der Krise, aber auch für emanzipatorische Politik in der Nachkrisenzeit – durchaus auch noch mit nationalstaatlichen Instrumenten befördern kann.




Andererseits stimmt es natürlich, dass der Nationalstaat im Zuge der Globalisierung bis zu einem gewissen Grad an Problemlösungskapazität und an Steuerungsfähigkeit verloren hat. Liberalisierung und Deregulierung an erster Stelle der Finanzmärkte, dann aber auch der Güter- und Dienstleistungsmärkte haben in den vergangenen 20 Jahren jene Ordnung hervorgebracht, die jetzt kollabiert ist. Eine Ordnung, die ich als Finanzmarktkapitalismus zu bezeichnen pflege. Und selbstverständlich ist es notwendig, neben den nationalstaatlichen Instrumentarien auch zu versuchen, so viel multilaterale oder europäische Instrumente in Anschlag zu bringen wie möglich. Allerdings sieht die Realität – ein Blick auf die G-20-Tagung Anfang April 2009 bestätigt das – doch so aus, dass auf die Schnelle und in überschaubarer naher Zukunft nicht die Zeit dafür da ist, das so zu entwickeln, dass der Schwerpunkt der Krisenbearbeitung auf internationale, multilaterale oder europäische Ebene gelegt werden könnte.





Um es mal in einer Metapher zusammenzufassen: Die Bude brennt. Die Nationalstaaten, der französische, der US-ameri-






kanische, der deutsche, der chinesische, sind die einzigen, die über Löschzüge verfügen. Der IWF hat noch eine Handspritze, denn immerhin hat er bei der Ukraine, bei Ungarn, Island und einigen anderen Ländern mit seinen üblichen Krediten eingegriffen. Aber die EU hat nicht einmal mehr Löscheimer. Das ist die Situation.

Die Linke ist deswegen gut beraten, die Spielräume nationaler Politik genauer auszuloten, zumal dort einige interessante Instrumente liegen. Ein Beispiel: Bei der Rettungsaktion für die *Hypo Real Estate* ist Artikel 14 des Grundgesetzes in Anschlag gebracht worden. Er bezieht sich auf Enteignung und ist die Grundlage des *Hypo-Real-Estate*-Gesetzes. Das sieht die Enteignung der Aktionäre der Bank vor, für den Fall, dass einer der großen Investoren, *Flowers*, nicht bereit ist, seine Anteile zu dem Preis, den die Bundesregierung anbietet, zu verkaufen. Artikel 15 des Grundgesetzes übrigens handelt von der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und von Grund und Boden. Auch das ein interessanter Artikel.




Das verweist auf eine Dimension von Nationalstaatlichkeit, die in der Debatte ebenfalls unterzugehen scheint: Demokratie, parlamentarische Demokratie, ist bis heute an das Territorialprinzip des Nationalstaats gebunden. Es gibt jenseits des Nationalstaates keine funktionierende Demokratie. Selbst die EU und das Europäische Parlament sind durch dramatische Demokratiedefizite gekennzeichnet. Insofern ist es auch aus einem demokratiepolitischen Gesichtspunkt sinnvoll, dass die Linke diesen Aspekt in ihre Politik integriert.


Das heißt, neben den Versuchen multilateraler Politik, mit diesen nationalstaatlichen Instrumenten auch noch unilaterale Politik gegenüber dem global agierenden Finanzkapital zu machen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, zum Beispiel Hedgefonds, Private Equity Fonds im Geltungsbereich des



Grundgesetzes zu verbieten. Es spricht überhaupt nichts dagegen, den Artikel 14 generell auf die Banken anzuwenden und zumindest die systemrelevanten unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Es spricht nichts dagegen, toxische Derivate, eine der Hauptursachen für den Ausbruch der Finanzkrise, hierzulande zu verbieten und bestimmte Geschäftsmodelle wie Leerverkäufe – das sind Spekulationen auf fallende Kurse – ebenfalls zu stoppen. Sie waren übrigens noch bis vor wenigen Jahren verboten und sind nur im Namen des „Finanzstandorts Deutschland“ unter der Schröder-Regierung zugelassen worden.



Bündnispolitisch folgt daraus allerdings nicht, dass man Allianzen entlang nationaler Grenzen machen könnte. Denn die Krise hat ebenfalls zutage gebracht, und das ist typisch für solche grundlegenden historischen Umbruchzeiten, dass es eine Spaltung, einen Bruch im herrschenden Block gibt. Und der verläuft nicht entlang nationaler Grenzen, oder zwischen angelsächsischem Finanzkapitalismus und kontinental-europäischem oder Kapitalismus. Wenn man schon in Kategorien klassenübergreifender Allianzen denken will – und mangels Masse auf der Linken womöglich auch muss – dann liegt es viel näher, sich auf die reformoffenen Strömungen der Funktionseleiten zu beziehen. Dazu scheint an prominentester Stelle die neue US-Administration zu gehören, während die britische Führung versucht, so viel wie möglich vom Kasino-Kapitalismus zu retten. Es ist derzeit noch nicht abzusehen, wohin der Kurs Obamas wirklich geht. Aber die Linke tut gut daran, die Möglichkeit substanzieller Reformen von oben nicht völlig auszuschließen. Auch Roosevelts „New Deal“ war eine solche Reform von oben – mit historisch weitreichenden Konsequenzen. Jene Linken, die damals auf Weltrevolution gesetzt hatten, weil sie den Kapitalismus am Ende wähten, sahen dann ganz schön alt aus.





Auf der anderen Seite gehört die *EU-Kommission* zu den neo-liberalen Hardlinern. Der für die Finanzindustrie zuständige Kommissar McCreevy benimmt sich so, als ob er direkt vom *Europäischen Bankenverband* bezahlt würde. Die Entwürfe seiner jüngsten Direktiven zu Hedgefonds und zu Managergehältern sind symptomatisch dafür. Demgegenüber sagt z. B. Bundespräsident Köhler ziemlich viel Richtiges zur Krise, ähnlich wie Sarkozy oder der Chef des IWF, Strauss-Kahn, während Ackermanns Duzfreundin Merkel noch ziemlich stark dem alten Denken verhaftet ist. Man sieht, die Fronten verlaufen kreuz und quer. Angesichts der Schwäche der Linken, übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sind wir darauf verwiesen, an diesen Brüchen im herrschenden Lager anzusetzen und zu versuchen, die reformoffenen Positionen weiter zu treiben. Wir müssen auf alle Fälle verhindern, dass wieder ein Konsens für ein Zurück zum Status quo ante entsteht.

(Einleitender Redebeitrag von Peter Wahl auf einer *attac*-Podiumsdiskussion mit Jürgen Elsässer und seinen Kritikern zum Thema „National – international – egal?“ am 16. April 2009 in Berlin. Die Veranstaltung war anstelle des ursprünglich geplanten Auftritts von Elsässer auf dem *attac*-Kapitalismuskongress angesetzt worden.)





Klaus Höpcke

## Soll Krisen-Überwindung dauerhaft gelingen ...

In der Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. Juli 2007 schrieb der Direktor des *Allensbacher Meinungsforschungsinstituts* Thomas Petersen unter der Überschrift „Der Zauberklang des Sozialismus“ einen Beitrag, an dessen Schluss er auf eine Umfrage zu sprechen kommt, deren Ergebnis er mitteilt. Er sagt, dabei sei versucht worden, die Befragten mit „einer etwas polemischen Formulierung hervorzulocken“. Die Frage lautete: „Kürzlich sagte jemand: ‚Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten.‘ Würden Sie das auch sagen, empfinden Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?“ – „Das sehe ich auch so“, sagten 62 Prozent der Befragten im Juli 2007. Fünf Jahre zuvor hatten das 53 Prozent gesagt.

Wer sich daran gewöhnt hat, es hinzunehmen, wenn unter Hinweis auf 1989 eine „Sozialismus-Abneigung der Mehrheit der Deutschen“ behauptet wird, könnte ins Grübeln kommen. Zeugen die Allensbacher Angaben jüngerer Datums zum Denken der Bürgerinnen und Bürger über die sie umgebenden Gesellschaftsverhältnisse doch davon, dass zunehmende Kapitalismus-Abneigung nicht erst mit dem Ausbruch der miteinander verflochtenen Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise festzustellen ist.



## Bezugnahme auf den Nationalstaat – ein Fehler?

Die Auffassung einiger Linker, die die *Volksinitiative* davor warnen, sich auf einen Streit um die Deutung der Begriffe „Nation“ und „Heimat“ einzulassen, geht in eine andere Richtung. Man müsse das Rennen zwischen Hase und Igel nicht ständig wiederholen, sagen sie. Um sich sodann selbst in pauschale nationsverneinende Deutungssätze einzuigeln.

Was sie sehen, ist, dass die Herausbildung von Nationen mit nationalistischen Ein- und Ausschließungen sowie Rassismus verbunden war und unheilvoll fortwirkte. Inwiefern Nationenentwicklung in vielen Ländern von humanistischen Kräften in ihren Bemühungen um Völkerverständigung genutzt wurde, bleibt unbeachtet. Dass dies in hartem Kampf gegen die von den reaktionären Kräften betriebene nationalistische Politik und Hetze vor sich ging, daran anzuknüpfen – gehört nicht gerade das aber für alle Linken zum verpflichtenden Erbe in Sachen Nation?

Wer Nation und Nationalistisches nicht als Gegensatz begreift, ja, im Nationalistischen bloß eine Art Zusatz zum Nationalen sieht, ist gefangen in der Vorstellungswelt der Gegner der Linken. Sozialismushasser, die sich auf Nation, Nationales, Nationalgefühl berufen, sind Täuscher, treiben Missbrauch. Das zu enthüllen und zu bekämpfen, hat mit dem „Ick bün all hier“ des Swinegels in Grimms Märchen und auch mit dem „Nochmal gelooopen, wedder üm!“ des Hasen nichts zu tun. Weder hocken wir da, wo die Nationalisten Platz genommen haben, noch wetzen wir in einer Furche, die dahin führt.

Wir führen die Auseinandersetzung mit denjenigen, die in der Tradition imperialistischer Kriegspolitik stehen, durch die zwei Weltkriege heraufbeschworen wurden, in denen Menschen vieler Völker millionenfach ermordet wurden und in



denen auch das deutsche Volk in einem seit dem 30-jährigen Krieg von 1618 bis 1648 nicht da gewesenen Umfang dezimiert worden ist. Die verbrecherische Schuld daran gegenüber der Welt und der eigenen Nation nicht wahrhaben zu wollen, bedeutet, gleichermaßen menscheitsfeindlich und antinational zu sein. Die Bekämpfung der nationalen Demagogie der in Wahrheit Antinationalen gehört zur Wahrung wirklicher nationaler Interessen wie die Widerlegung und Bekämpfung sozialer Demagogie zum Kampf für die sozialen Interessen der arbeitenden Menschen und Arbeitslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugendlichen und Kinder.

Zwischen Nationalem und Internationalem besteht ein Wechselverhältnis. Das haben wir in verschiedenartigen geschichtlichen Situationen erkennen können und auch müssen. Wir haben es mit solidarischem Internationalismus als einem Kern nationalen Verantwortungsbewusstseins der Linken zu tun. Und auf der anderen Seite herrscht bei den Rechtskonservativen und Neoliberalen die Macht der transnational strukturierten Konzerne. Deren Profitinteressen werden alle „übrigen“ Gesellschafterscheinungen unterworfen. Ich sehe keinen Grund, für künftige Zeiten solche Einsichten als erledigt und überholt aufzufassen.

Die Aussage, auf längere Sicht würden die Einzelstaaten die Hauptarena der sozialen und politischen Kämpfe bleiben, soll ein „Rekurs auf die nationalstaatliche Ebene“ sein, in dem „kein vorwärtsweisendes Konzept für die Linke“ zu sehen sei? Die Praxis sagt etwas anderes: Den vorwärtsweisenden französischen und niederländischen Gegenstimmen bei Volksentscheiden in nationalstaatlichem Rahmen verdanken die Einwohner des gesamten Kontinents, dass jener Verfassungsentwurf gescheitert ist, mit dem allen EU-Mitgliedsstaaten obligatorisch verordnet werden sollte, sich zu verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.



also: zu verstärken; die marktradikale Wirtschaftsweise mit dem ihr innewohnenden Privatisierungswahn zu verschärfen („unverfälschter Wettbewerb“, der gegen das in den Artikeln 20 und 79 des Grundgesetzes formulierte Sozialstaatsprinzip verstößt); demokratische Regelungen weiterhin zu beschränken, statt sie z. B. in der Wirtschaft auszubauen.

Wer die Bezugnahme auf den Nationalstaat als „Rückzug“ bezeichnet und einen „Fehler“ nennt, begeht selbst einen Fehler. Die sozialen und demokratiebezogenen Gestaltungsaufgaben linker Politik im europäischen Rahmen erfordern, dass die Ablehnung asozialer Maßnahmen und undemokratischer Verfahren durch die Bevölkerung zu wirkungsvollem Widerstand sich entwickelt und in Massenkaktionen des Protests Ausdruck findet. Dasselbe gilt für den Militarisierungszwang in den Verträgen von Lissabon.

Die Erfahrungen z. B. der Proteste gegen die „Dienstleistungsrichtlinie“ zeigen, dass an der europaweit organisierten Demonstration in Brüssel 30 000 Menschen teilnehmen konnten, in Berlin waren es doppelt so viele: 60 000, in anderen Städten im Rahmen von EU-Ländern erreichten die Teilnehmerzahlen z. T. das Zehnfache des Treffens in Brüssel. Was ja kein Wunder ist: Woher soll denn ein Hartz-IV-Empfänger die Mittel für die Reise nach Brüssel nehmen? Wenn Widerstand zu mobilisieren und parlamentarische Kontrolle auszuüben – was einschließt: Kontrolle der Parlamentarier durch ihre Wählerinnen und Wähler –, zunächst in den einzelnen Ländern am wirkungsvollsten gelingt, steht diese Erfahrungstatsache im Gegensatz zu den Versuchen, daraus zu ziehende Folgerungen als „Rückgriff“ einer „renationalisierenden“ Art abzutun, ja zu verunglimpfen, statt darin Ansatzpunkte für stärkere internationale Wirksamkeit zu erkennen.



## Ein paar Takte Manöverkritik

Zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Kampf gegen die Krise von Wirtschaft und Finanzen und der Lösung von Umweltproblemen sei kurz notiert: Am ökologischen Konfliktgehalt undifferenzierten Wirtschaftswachstums redet wohl vorbei, wer allein zwischen Produktionswachstum und Finanzblasenwachstum differenziert, von denen er nur Letzteres ablehnt, während er Ersteres nach wie vor für notwendig hält. Dass unverminderter Raubbau an den Rohstoffen und ständige Steigerung der Herstellung von Produkten, die in so irrational ausgeweiteten Mengen für eine vernünftige Lebensgestaltung überflüssig sind, menscheitszerstörerische Folgen nach sich ziehen, bliebe bei derartiger Betrachtung „außen vor“.

Was Organisiertheit und Aktionen angeht, sollten die Akteure mit unterschiedlichem Hintergrund zu vorurteilsloser Manöverkritik fähig und bereit sein. Völlig richtig die Frage: Wie kommt es, dass in größter Krise der Zustrom zu Linken so klein ist? Völlig falsch aber die auf konkrete Analyse verzichtende Geringschätzung gegenüber einer Demonstrationsteilnehmerzahl von 15 000 oder 30 000 in Berlin am 28. März 2009 und die unterentwickelte Bereitschaft, die dort auf dem Platz vor dem Roten Rathaus mehrfach erhobene Forderung zu befürworten, ein Recht, das mit direkter Demokratie verwandt, ja aufs innigste verbunden ist, zu schaffen und durchzusetzen: das Recht auf politischen Generalstreik.


## Eine so noch nicht da gewesene Kräfteballung

Zu der Vorstellung von einer „Rückkehr“ zur in früheren Jahren geübten sozialen Marktwirtschaft der BRD abschließend ein paar Worte: Wie, bitte, sollte das übrigens gehen – bei Ab-



wesenheit der DDR?! Haben nicht Betriebsräte aus westdeutschen Unternehmen wieder und wieder davon berichtet, dass sie für das Vertreten von Arbeiterinteressen seinerzeit mit Hinweisen auf soziale Regelungen im benachbarten ostdeutschen Staat oft wirksamen Rückhalt gewannen, ganz gleich, ob sie diesen Staat nun als Arbeiter- und Bauernmacht ansahen oder nicht? In ihrem neuen Buch über die Sieger als Verlierer stellt Daniela Dahn die gleiche Überlegung an, wenn sie fragt: „Sollte das sozialistische Damoklesschwert der angedrohten Enteignung letztlich die einzig wirksame Bändigung des Kapitalismus gewesen sein?“ – Und in diesem Punkt können wir sogar punktuelle Ähnlichkeit unserer Denkweise mit der von Franz Müntefering feststellen, der in einem am 3. Mai 2009 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* veröffentlichten Interview sagte: „Als 1990 der Kommunismus mit seiner Planwirtschaft in die Knie gegangen ist, haben wir uns fälschlicherweise zurückgelehnt und geglaubt, nun habe die soziale Marktwirtschaft gewonnen. Es hat sich aber weltweit ein anderer Kapitalismus entwickelt, der exzessiv wurde und keine soziale Komponente mehr kannte. Der Kommunismus hatte auf den Kapitalismus eine disziplinierende Wirkung. Die Exzesse des undisziplinierten Finanzkapitalismus müssen wir künftig verhindern.“ So sehen wir, wie ein Miterfinder der Deregulierungsakte „Agenda 2010“, des zur Aufhebung disziplinierender Regeln geschaffenen Gesetzespakets, das die SPD/Grünen-Regierung in Kraft gesetzt hat, sich nun zum Verhinderer finanzmarktkapitalistischer „Undiszipliniertheiten“ aufschwingen will: Münze als Ersatzmann für den Kommunismus als Kapital-Disziplinierer?

Die „disziplinierende Wirkung“ gegen Kapitalherrschaft im Exzess und im gewöhnlichen alltäglichen Ausbeutungsgeschäft kann nur mit einer so noch nicht da gewesenen Kräfteballung der in Industriebetrieben, Technologiewerkstätten und Büros Ausgebeuteten und ihrer Gewerkschaften sowie im Bunde mit





Bauern, Handwerkern, Freiberuflern aller Sparten und ihren Verbänden sowie – nicht zu vergessen – mit aufgeklärten, sich ihrer Verantwortung bewussten Unternehmerinnen und Unternehmern erreicht werden. Das heute notwendige, vom Vorrang der sozialen und ökologischen Erfordernisse bestimmte Wirtschaften bedarf eines von Massenaktionen der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung maßgeblich in Gang gesetzten neuen Anlaufs zu einer den heutigen Bedingungen gerecht werdenden Sozialstaatsentwicklung.



## Die Autoren

Jürgen Elsässer: Journalist und Buchautor. Arbeitete seit 1994 für die führenden linken Publikationsorgane *junge Welt*, *Konkret*, *Freitag* und *Neues Deutschland*. In diesem Zeitraum etwa 20 Buchveröffentlichungen, die in zahlreiche Sprachen übersetzt wurden. Zuletzt erschienen: *Terrorziel Europa. Das gefährliche Doppelspiel der Geheimdienste* (Residenz Verlag, 2008) sowie *Nationalstaat und Globalisierung* (Manuscriptum Verlag, 2009).

Jochen Scholz: Nach 38 Jahren als Berufsoffizier der Luftwaffe nun außenpolitischer Berater und Mitglied der Kommission *Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr* am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Die letzten sechs Dienstjahre im Bundesministerium der Verteidigung im Stab des Generalinspektors eingesetzt. Davor zwölf Jahre in NATO-Gremien, sechs Jahre in NATO-Stäben.




## Die Gastautoren

Peter Brandt, Jahrgang 1948, Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der *FernUniversität* in Hagen. Neben diversen fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen seit mehr als vier Jahrzehnten politisches bzw. politisch-publizistisches Engagement „links der Mitte“. Mitglied der SPD und der Gewerkschaft *verdi*.

Klaus Höpcke, Jahrgang 1933, war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR und von 1990 bis 1999 PDS-Abgeordneter im thüringischen Landtag. Heute Bundestagsmitarbeiter der Partei *Die Linke*. Zahlreiche Buchverfö-





fentlichungen. Im Herbst 2008 erschien: *Über linke Heimatliebe. Texte um die Jahrtausendwende* (Edition Ost).

Peter Wahl, Jahrgang 1948, ist Mitbegründer von *attac* Deutschland und arbeitet für die Nichtregierungsorganisation *Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung*. Zuletzt war er maßgeblich an der Vorbereitung des Kapitalismus-Kongresses von *attac* im März 2009 beteiligt.

BISHER ERSCHIENENE TITEL DER REIHE COMPACT:

Gregor Schirmer

**LISSABON AM ENDE?**

**Kritik der EU-Verträge**

*COMPACT Nr. 2, ISBN 978-3-89706-402-7, 7,50€*

Erich Buchholz

**ÜBERWACHUNGSSTAAT**

**Die Bundesrepublik und der „Krieg gegen den Terror“**

*COMPACT Nr. 3, ISBN 978-3-89706-403-4, 7,50€*

Siegfried Prokop

**DIE BERLINER MAUER (1961-1989)**

**Fakten, Hintergründe, Probleme**

*COMPACT Nr. 4, ISBN 978-3-89706-404-1, 7,50€*

Dieter Elken

**ISRAEL – EIN KOLONIALSIEDLERSTAAT IN DER SACKGASSE**

*COMPACT Nr. 5, ISBN 978-3-89706-405-8, 7,50€*

Erich Buchholz

**TOTALLIQUIDIERUNG IN ZWEI AKTEN**

**Juristische Annexion der DDR**

*COMPACT Nr. 6, ISBN 978-3-89706-406-5, 7,50€*

Holger Michael

**VOM BALTIKUM NACH MITTELASIEN**

*COMPACT Nr. 7, ISBN 978-3-89706-407-2, 7,50€*

Erich Buchholz

**1949 – HIER EINE VERFASSUNG DORT NUR EIN GRUNDGESETZ.**

*COMPACT Nr. 8, ISBN 978-3-89706-408-9, 7,50€*

*TITEL IN VORBEREITUNG:*

Knut Mellenthin

**OBAMA – HOFFUNGEN & ENTTÄUSCHUNGEN**

Andreas Hauß

**WINNENDEN – DICHTUNG & WAHRHEIT**



## BUCHKLUB – Bücher im Abo

1. In der Reihe COMPACT erscheint monatlich ein Buch.
2. Um günstigere Konditionen beim Bezug dieser Bücher zu erhalten, gibt es diese Bücher im Jahres-Abo.
3. Gleichzeitig wird man damit Mitglied im Buchklub und genießt dessen Vorteile.
4. Buchklub-Mitglieder zahlen generell keine Versandkosten, auch bei Bestellungen von anderen Publikationen des Kai Homilius Verlages.
5. Buchklub-Mitglieder können am örtlichen COMPACT-Leserstammtisch teilnehmen. Der Aufbau erfolgt kontinuierlich. Hier gibt es auch die Möglichkeit, mit Autoren und Herausgebern zu diskutieren.
6. Das Zwei-Jahres-Abo kostet 135 EUR. D. h. der Abonnent bekommt drei Ausgaben pro Jahr kostenlos, bezahlt also nur für 9 Ausgaben pro Jahr.
7. Das Jahresabo kostet 75 EUR. D. h. der Abonnent bekommt zwei Ausgaben pro Jahr kostenlos, bezahlt also nur für 10 Ausgaben pro Jahr.
8. Das Abo läuft immer jeweils bis zum Ende des Abos/des vereinbarten Abonnementzeitraumes und verlängert sich automatisch um den gleichen Zeitraum, wenn nicht mind. 4 Wochen vor Ablauf gekündigt wird. Die Schriftform genügt.
9. Der Bezug der COMPACT-Bücher und die Vorteile der Klub-Mitgliedschaft beginnen mit dem Eingang der Abo-Gebühr auf dem Konto: Kai Homilius Verlag, Kto-Nr. 5747050009, BLZ: 10090000 bei der Berliner Volksbank.

10. Name und Adresse

Gewünschter Abo-Beginn: Monat/Jahr: \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

1. Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

11. Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, dass ich diesen Abo-Vertrag innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt das Datum des Poststempels.

2. Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

*Kai Homilius Verlag, Brandenburger Str. 36, 14542 Werder oder per Fax: 03327 5698617*

